

## 2 Status Quo: Politische Partizipation und die Rolle des Internets

Die kontroverse Debatte zur politischen Partizipation Jugendlicher wird seit Jahren mit unterschiedlichen Studienergebnissen, Interpretationen und Empfehlungen an die Praxis und Politik geführt. Im Zuge der Mediatisierung des Lebensalltags Jugendlicher wird sie zudem durch Thesen zur Wirksamkeit des Medieneinsatzes unterfüttert. Diverse Studien und Interpretationen sowie theoretische Auseinandersetzungen zu diesem Thema werden von einigen wenigen Forschergruppen dominiert, die den Disziplinen der (Medien)-Pädagogik, der politischen Partizipationsforschung und den Kommunikations- und Medienwissenschaften zuzuordnen sind. Diese Dreiteilung korrespondiert mit den drei Untersuchungsfokussen *Jugend*, *Politik* und *Internet* dieser vorliegenden Arbeit, die in Beziehung zueinander stehen. Damit wurde ein entsprechend breiter und interdisziplinärer Literaturkorpus bemüht. Dennoch soll das Hauptaugenmerk auf dem spezifischen Forschungsthema der *Politischen Partizipationsforschung im Hinblick auf Jugend und Internet* liegen. In den folgenden Ausführungen sollen daher die zum Teil widersprüchlichen Befunde mit Bezug zu diesem Forschungsthema vorgestellt und diskutiert werden.

Hierbei werden ein Überblick über die Forschungsergebnisse großer Jugend-Studien (Shell Studie 2015 und 2010, AID:A Studie 2009) gegeben, sowie Interpretations- und Erklärungsvorschläge etablierter Forscher(-gruppen) dargestellt (vgl. u. a. Begemann et al. 2011; Gaiser/de Rijke 2010; Livingstone 2007; Moser 2010; Paus-Hasebrink 2008; Spaiser 2013, Wagner 2012; Wimmer 2012a). Wegen der Fokussierung auf Jugendliche als Untersuchungsgruppe werden zudem übergreifende, relevante (empirische) Arbeiten aus den Forschungsfeldern der Jugendforschung sowie der Medienpädagogik in den Blick genommen. Darunter finden sich theoretische Auseinandersetzungen zum Thema, die sowohl Forschungszusammenhänge aufweisen, Forschungsmängel und -lücken benennen sowie praktische und methodische Handlungsempfehlungen an die Wissenschaft, Pädagogik und Politik formulieren (vgl. u. a. Baacke 2007; Ecarius et al. 2011; Geulen 2002; Hoffmann/Merkens 2004; Hurrelmann/Quenzel 2012; Millner 1996; Moser et al. 2008; Paus-Hasebrink 2008; Raithel

2008; Sander et al. 2008; Schorb 2006; Schorb 2008; Süss et al. 2013; Vollbrecht/Wegener 2010; Wagner 2011).

Abgerundet wird dieses Kapitel durch eine Diskussion der aktuell identifizierten Forschungslücken und -empfehlungen zu diesem Forschungsproblem aus den Fachdisziplinen der (Medien-)Pädagogik, der Politikwissenschaft und den Kommunikations- und Medienwissenschaften.

## 2.1 Politische Partizipation Jugendlicher – Wer, wie, was und wo?

Bei der Auseinandersetzung mit den Jugendstudien im deutschsprachigen Raum, die den Themenkomplex *Jugend-Politik-Internet* aufgreifen, werden zunächst vier Aspekte deutlich. Erstens widmen sich die beiden aktuellen großen Jugendstudien *Shell Studie 2015*<sup>4</sup> und *DJI-Survey AID:A*<sup>5</sup> einem breiten Themenspektrum und behandeln die politische Dimension daher nur als eine von vielen Interessenslagen Jugendlicher. Demnach sind die Ergebnisse der Studien hinsichtlich der politischen Beteiligung Jugendlicher allgemein gehalten. Teilweise fehlen in diesen Studien konkrete Abgrenzungen zu den verwandten Begriffen *Ehrenamt*,

---

<sup>4</sup> Im Zuge dieser vorliegenden Arbeit wurden die beiden Shell Studien 2010 und 2015 zu unterschiedlichen Zeitpunkten eingebunden. So wurde die Shell Studie 2010 bei der ersten Literaturrecherche zu dieser Arbeit sowie als Vergleichsstudie im Zuge der Erhebung herangezogen. In einer späteren Phase, beim Bericht der aktuellen Befunde wurde allerdings auf die aktuelle Shell Studie 2015 verwiesen. Dabei wurden einige Befunde aus der Studie 2010 nicht im gleichen Maße in der aktuellen Studie 2015 aufgegriffen, sodass im Folgenden beide Shell Studien erwähnt und entsprechend verwiesen werden. Die 17. Shell Studie unter dem Titel „Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch“ wurde zwischen Januar und März 2015 durchgeführt und erreichte eine Stichprobe von 2558 Jugendlichen zwischen zwölf und 25 Jahren. Neben dieser quantitativen Befragung als CAPI-Erhebung wurden zusätzlich zwischen Januar und März 2015 qualitative Interviews mit 21 Jugendlichen geführt, um tiefergehende Antworten zu erhalten und die Lebenswelt verschiedener Jugendlicher besser zu verstehen (vgl. Shell Studie Holding 2015, S. 389 ff.). Die ältere Shell Studie 2010 weist eine ähnliche Forschungsanlage sowie Stichproben auf und soll an dieser Stelle daher nicht weiter berichtet werden (vgl. Shell Studie Holding 2010, S. 361 ff.).

<sup>5</sup> Die zweite große Studie in Deutschland, die sich mit der Lebenswelt Jugendlicher auseinandersetzt, ist die vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) durchgeführte Studie „Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten“ (AID:A) und die in diesem Zusammenhang zusätzlichen Expertisen und Sekundäranalysen, die zum Schwerpunkt Jugend-Politik-Internet mehrere Publikationen ergeben haben. Diese Studie sollte Aufschluss über die Bedingungen und Lebensentwürfe Jugendlicher und deren Familien geben und bettet die Befragung Jugendlicher in einen größeren Kontext ein, sodass auch weitere Personen, die mit Jugendlichen zusammenleben, befragt wurden. Es wurden daher im Jahr 2009 insgesamt 25.000 Personen zwischen 0 und 55 Jahren befragt. Eine weitere angebundene Zusatzerhebung, die für diese Forschungsarbeit relevant erscheint, ist die vom DJI in Auftrag gegebene Zusatzerhebung „Engagement 2.0“, bei der 2010 eine realisierte Stichprobe von 1062 Jugendlichen im Alter von 13 bis 20 Jahren zum Zusammenhang zwischen ihrem Engagement und ihrer Internetnutzung befragt wurden (vgl. Begemann et al. 2011, S. 143 ff.).

*Freiwilliges Engagement* und *Soziales Engagement* (vgl. Begemann et al. 2011, S. 22 ff.; Gaiser/Gille 2012, S. 142 ff.; Shell Deutschland Holding 2015).

Zweitens wird deutlich, dass keine einheitliche Festlegung auf eine Altersgruppe der Jugend vorgenommen wird. So wird in der *Shell Studie 2015* von zwölf- bis 25-Jährigen gesprochen und eine zusätzliche Differenzierung (12-14; 15-17; 18-21; 22-25) vorgenommen. Das *DJI-Survey AID:A* von 2009 nimmt dagegen Jugendliche zwischen 13 und 32 Jahren in den Blick (vgl. Begemann et al. 2011, S. 22 ff.; Hoffmann-Lange/Wächter 2011, S. 23; Roller et al. 2006; von Alemann 2006). Weitere Studien stützen sich ebenso auf unterschiedliche Altersfestlegungen der Gruppe Jugend (vgl. Kapitel 6.1). Diese Auslegbarkeit der Phase Jugend ist dem Umstand geschuldet, dass der Begriff und die damit verbundenen Kriterien der Zuschreibung des Jugendalters nicht mehr eindeutig festzumachen sind. So ist Jugend heute eine längere Phase als noch vor 50 Jahren und wird aufgrund von psychologischen und soziologischen Befunden in drei Abschnitte untergliedert: Frühe Jugendphase (12- bis 17-Jährige), mittlere Jugendphase (18- bis 21- Jährige) und späte Jugendphase (22- bis 27- Jährige). Dabei wird die Jugend nicht länger als „Durchgangsphase“ verstanden, sondern erhält in der Biografie des Menschen eine eigenständige Bedeutung mit expliziten Bewältigungsaufgaben (vgl. Hurrelmann 2010, S. 40 f.). Je nachdem welche Teilphase der Jugend in die Betrachtung der jeweiligen Studien gezogen wird, ergeben sich leicht variierende Ergebnisse, Lesarten und Interpretationen (vgl. Kurtenbach 2012).

Damit verbunden ist der dritte auffällige Befund, der dem Studienvergleich zu Grunde liegt. In diesen Studien werden divergierende Ergebnisse, Deutungen und Trends formuliert, sodass der Jugend teilweise gegensätzliche Positionen zu politischen Themen und politischer Teilhabe zugeschrieben werden. So unterscheiden sich die großen Untersuchungen und sprechen (auch innerhalb der Studien) gleichzeitig von einem leichten Rückgang (vgl. Gaiser et al. 2005, S. 26 f.; Gille et al. 2011, S. 554 f.; Schneekloth 2015, S. 193 ff.), einem Anstieg – vor allem der Protestaktionen – (vgl. Gaiser/Gille 2012, S. 157; Hoffmann-Lange/Wächter 2011, S. 4) und einer Stagnation (vgl. Gille et al. 2011, S. 574; Schneekloth 2010, S. 193 ff.) der Beteiligung Jugendlicher an politischen Themen und Aktivitäten (vgl. Begemann et al. 2011, S. 22 ff.; Gaiser/Gille 2012, S. 156 f.). Der bereits erläuterte problematische Aspekt der Altersfestlegung mag hierfür ein Erklärungsansatz sein. Ein weiterer beobachteter Faktor könnte allerdings der variierende Gebrauch des Politik- und Partizipationsverständnisses im Rahmen der Studien sein (vgl. Amnå 2010; Begemann et al. 2011; Escher 2010; Godewerth 2006; Schneekloth 2015; Spaier 2013).

Der vierte Aspekt betrifft die Tatsache, dass sich der entsprechende Literaturkorpus beim Forschungsthema *Politische Partizipationsforschung im Hinblick*

auf *Jugend und Internet* noch auf eine recht überschaubare Studienanzahl stützt. Die Forschungsliteratur zum Zusammenhang zwischen Jugend und Politik ist stark pädagogisch sowie praxis- und handlungsorientiert ausgerichtet. Der Fokus liegt in diesen Studien vorrangig auf klassischen und bekannten Partizipationsformen (vgl. u. a. Burdewick 2006; Dux et al. 2009; Gaiser/Gille 2012; Gille et al. 2011; Hoffmann 2012; Hoffmann-Lange/Wächter 2011). Andere Studien und Beiträge widmen sich dagegen der politischen Internetnutzung eher gesamtgesellschaftlich und betrachten breite Bevölkerungsausschnitte und Altersgruppen oder untersuchen eine spezifische Form der politischen Teilhabe (vgl. u. a. Eilders et al. 2010; Emmer et al. 2010; Engesser 2010; Hanel et al. 2014; Marschall/Schulze 2012; Schmidt 2011; Thimm et al. 2012; Vowe 2012; Wimmer 2012a). Im Kontext der Medienpädagogik findet eine Beschäftigung mit Kindern und Jugendlichen statt; hier werden Aneignungsprozesse, Nutzungsweisen und Wirkungen des Internets betrachtet, um pädagogische Bedarfslagen zu ermitteln und Kinder und Jugendliche angemessen zu begleiten. Politische Internetnutzung wird hier noch zurückhaltend untersucht (vgl. u. a. Gustafsson 2012; Livingstone 2009; Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2014/2012; Theunert 2011; Wagner et al. 2011).

Demnach gelingt es bisher nur wenigen empirischen Untersuchungen und theoretischen Beiträgen den Fokus auf die Schnittstelle zwischen den drei Forschungskomplexen *Jugend*, *Politik* und *Internet* zu legen und politische Partizipationsaktivitäten Jugendlicher im Kontext ihrer Internetnutzung zu identifizieren (vgl. u. a. Begemann et al. 2011, S. 21 f.; Spaier 2011a, S. 151 f.; Wagner 2012, S. 77; Wimmer 2012a, S. 23 ff.).

Aus internationaler Sicht wird die Forschung zur Partizipation Jugendlicher als sehr umfangreich und interdisziplinär gewertet. Gleichzeitig wird allerdings auch hier kritisiert, dass sich die Fragenkataloge und die methodischen Vorgehensweisen der Studien kaum in einen einheitlichen Rahmen zusammenfassen lassen und die Arbeiten zu diesem Forschungsbereich daher fragmentiert sind (vgl. Torney-Purta et al. 2010, S. 497 ff.). So stellen auch Xenos et al. (2014) fest, dass die Vielfalt der Konzepte politischer Partizipation und entsprechender angewandter Variablen nicht zu einer Einigung und Festlegung auf vergleichbare Partizipationsdefinitionen führen (vgl. ebd., S. 153). Dabei mangelt es an großen Vergleichs- und Langzeitstudien, da viele Untersuchungen zur politischen Partizipation in Verbindung mit dem Einsatz neuer Medien eher im Rahmen von kleineren Studien mit einer überschaubaren Stichprobengröße umgesetzt werden (vgl. Gustafsson 2012, S. 1123).

Der entsprechende Literaturkorpus stützt sich auf Studien aus einer überschaubaren Anzahl von Ländern. So stellt Spaier (2011a) fest, dass verstärkt in den USA Studien (z. B. Pew Research Center's Internet & American Life Project

2013) zur politischen Internetnutzung Jugendlicher durchgeführt wurden und in Europa (z. B. EU Kids Online 2012; ICCS 2009 European Report) speziell in Schweden und Großbritannien (z. B. Civic Web Project 2009) diesem Forschungsfeld nachgegangen wird (vgl. u. a. Amadeo 2007; Bakker/de Vreese 2011; Banaji/Buckingham 2010; Bennett et al. 2010; Collin 2009; Fieldhouse et al. 2007; Gerodimos 2010; Gustafsson 2012; Hirzalla/van Zoomen 2011; Jansen 2011; Livingstone 2009; Olsson 2007; Phelps 2012; Rice/Katz 2004; Russell et al. 2002; Smith et al. 2009; Spaiser 2011a; Vromen/Collin 2010).

Diese Vorbemerkungen hinsichtlich der vorhandenen Forschungsarbeiten sollten verdeutlichen, dass dem Fundus an Daten, Interpretationen und theoretischen Ausführungen kritisch zu begegnen ist. Um den aktuellen Forschungsstand – mitsamt der Komplexität der Informationen – dennoch mit größtmöglicher Ausgewogenheit und Relevanz darzustellen, wird an dieser Stelle eine Auswahl der Ergebnisse zentraler Forschungsprojekte, kleinerer und spezifischer Studien sowie theoretischer Beiträge vorgestellt. Dabei wird der Fokus auf jene Befunde zur politischen Partizipation Jugendlicher gelegt, die für die Beantwortung der Forschungsfrage dienlich erscheinen.

## **2.2 Erster Blick: Ernüchterte, demotivierte und desinteressierte Jugend**

Bei der Untersuchung des Zusammenspiels von Politik und Jugend, kann auf den ersten Blick festgestellt werden, dass sich Jugendliche politisch weder informieren, interessieren noch partizipieren. Den Befunden zu Folge haben sie wenig Vertrauen in die institutionalisierte und verfasste Politik, kaum Interesse an organisierter Parteipolitik und wissen mitunter nicht, wie und wofür sie sich politisch engagieren könnten. Dabei bieten das Internet und vor allem die partizipativen Angebote des Internets eine große Fülle an politischen Kommunikations- und Partizipationsoptionen. Diese stetig wachsenden neuen Formen der internetgestützten Beteiligung nutzen Jugendliche zur Kommunikation, Information, Organisation, Vernetzung und Mobilisierung im privaten Bereich. Im Hinblick auf eine politische Internetnutzung wurde in den letzten Jahren jedoch das Ausbleiben der potenziell möglichen politischen Partizipation Jugendlicher im deliberativen Internet bemängelt und empirisch dargelegt (vgl. Begemann et al. 2011; Hasebrink/Paus-Hasebrink 2007; Hoffmann 2012; Norris 2002; Olsson 2007; Shell Deutschland Holding 2015; Wagner 2014; Wimmer 2012a).

So wird diese Einschätzung zur geringen Nutzung des Netzes für politische Aktivitäten im Rahmen der Ergebnisse der *DJI-Studie AID:A 2009* bestätigt; wonach weniger als zehn Prozent der Jugendlichen angeben, dass sie sich schon mal politisch im Internet engagiert haben (vgl. Begemann et al. 2011, S. 5 ff.;

Hoffmann 2012, S. 101 f.). Auch Gille et al. (2011) weisen darauf hin, dass die Befunde der *DJI-Studie AID:A 2009* zwar ein jugendliches Engagement in freizeitaffinen Bereichen aufzeigen; Aktivitäten in politischen Organisationen und Parteien, sowie Bürgerinitiativen jedoch lediglich von maximal 1 % der Heranwachsenden ausgeführt werden (Gille et al. 2011, S. 562 ff.). Es wird somit deutlich, dass Jugendliche in unterschiedlichen Organisationen und Vereinen, die einen Freizeitcharakter aufweisen aktiv sind. Bei zunehmender Orientierung der Tätigkeiten hinsichtlich politischer Themen und Strukturen, sinken die Beteiligungszahlen (Gille et al. 2011, S. 562 ff.).

In der aktuellen *Shell Studie 2015* ergibt sich keine eindeutige Zuschreibung des politischen Interesses und Engagements Jugendlicher. Bis zur letzten Shell Studie 2010 liest sich die Entwicklung des politischen Interesses Jugendlicher wie eine „Fieberkurve“ (Schneekloth 2010, S. 130), bei der in den 70er und 80er noch ein starkes Interesse ausgelebt wurde (über 50 % der Jugendlichen), das zur Jahrtausendwende seinen Tiefpunkt erreichte (2002: 34 %) und später einen langsam wachsenden Trend aufweist (2010: 40 %). Die aktuelle Situation verweist auf ein wieder wachsendes Interesse an Politik (2015: 46 %), zeigt bei näherer Betrachtung der unterschiedlichen Alters-, Bildungs- und Herkunftsgruppen allerdings Unterschiede auch auf. So sind die jüngsten Befragten (12- bis 14-Jährige) die am wenigsten politisch interessierte Altersgruppe und Jugendliche aus einer sozial schwachen Schicht im Vergleich ebenfalls unterdurchschnittlich vertreten. Ebenso verhält es sich mit Jugendlichen mit dem niedrigsten Schulabschluss, von denen nur wenige angeben, Interesse am politischen Geschehen zu haben. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass neben des Alterseffektes vor allem Bildung und Herkunft, sowie die elterliche Vorbildrolle ausschlaggebend sind für das Interesse Jugendlicher an Politik (vgl. Schneekloth 2015, S. 160 f.). Das leicht gestiegene politische Interesse der Jugend und positive Sicht auf die gesellschaftliche Zukunft wirkt sich nicht im gleichen Maße auf das tatsächliche Engagement der Jugendlichen aus. So wird anhand der aktuellen Befunde der Shell Studie 2015 deutlich, dass sich nach einem Anstieg im Jahr 2010 (39 %) aktuell nur noch 34 % der Jugendlichen regelmäßig persönlich engagieren (vgl. Schneekloth 2015, S. 193). Gefragt nach den Institutionen des Staates und der Gesellschaft, denen die Jugendlichen am meisten vertrauen, wird bereits seit den Shell Studien dieses Jahrtausends deutlich, dass die Politikverdrossenheit sich nicht verflüchtigt hat. So kann zunächst vermutet werden, dass diese befragten Jugendlichen weder Vertrauen in die Politik, noch in die Parteien haben. Dennoch stehen Jugendliche politischen und gesellschaftlich relevanten Themen nicht distanziert und desinteressiert gegenüber, sondern setzen ihr Vertrauen eher in staatlich unabhängige Institutionen, die keiner Partei zuzuordnen sind und sich für gesellschaftliche und soziale Themen wie Umwelt, Menschen-

und Bürgerrechte einsetzen (vgl. Shell Holding GmbH 2015). Drei Aspekte lassen sich aus diesen Ergebnissen herausarbeiten. Zum einen haben Jugendliche zwar potenziell Interesse für die eigenen Ideen und Wünsche einzustehen und an kurzen, spontanen und wenig aufwendigen Aktionen teilzunehmen, sie wollen sich zweitens allerdings nicht verbindlich und organisiert politisch engagieren, sondern vertrauen drittens eher zivilgesellschaftlichen Akteuren (vgl. Schneekloth 2015, S. 193 ff.). Das wird von Hoffmann (2012) bestätigt, die Jugendlichen keine grundsätzliche Politikverdrossenheit, sondern einen Vertrauensverlust in Regierungs- und Parteiaktivitäten attestiert (vgl. Hoffmann 2012, S. 92 f.).

Ähnlich problematisch sehen die befragten Jugendlichen in der qualitativen Studie von Moser (2010) die Situation (Jugendliche im Alter von 13 bis 25 Jahren; n= 14). Die Autorin stellt fest, dass Jugendlichen häufig eine Partizipationsrolle zugebilligt wird, sie aber praktisch macht- und entscheidungslos sind, da sie in bereits bestehende Strukturen integriert werden und sich anpassen müssen. Jugendliche partizipieren, wenn sie die Erfahrungen machen, dass ihnen zugehört wird und ihre Meinung im Entscheidungsprozess Beachtung findet. Andernfalls fühlen sie sich entmutigt und wenden sich vom Engagement ab. Die Autorin bestätigt weiterhin, dass Jugendliche sich nur engagieren, wenn sie das Gefühl haben, etwas bewirken zu können und nicht nur eine Art Alibi-Beteiligung ausüben zu dürfen (vgl. Moser 2010, S. 87 ff.; Reichert/Panek 2012; Stange 2007, S. 13 ff.).

Dabei ist das Image, das politischem Mitwirken anhaftet, bei Jugendlichen negativ behaftet. So bestätigt auch Hoffmann (2012), dass Jugendliche mit dem Begriff Politik negative Assoziationen verbinden (vgl. Hoffmann 2012, S. 92 ff.). Laut der *Shell Studie 2015* geben 40 % der Jugendlichen an, dass sie es unwichtig finden, sich politisch zu engagieren. Obwohl diese Zahl im Vergleich zu den beiden Studien zuvor zurück geht (2002: 56 % und 2006: 57 %) und somit Politisches als Wert bei Jugendlichen an Bedeutung zu gewinnen scheint, bewerteten zuletzt mehr Jugendliche als je zuvor, dass es „out“ sei, sich in Politik einzumischen (vgl. Schneekloth 2010, S. 142 f.). Auch Großeggers (2010) Kritik über das paradoxe Verhältnis einer lustlosen, spaßorientierten Jugend zu Politik zielt in eine ähnliche Richtung: „Kritisiert wird von den Jugendlichen vieles. Protest ist ihnen (...) aber schlichtweg zu mühsam. Parteienorientierte Partizipation ist ‚out‘, und auch ziviler Ungehorsam ist für sie kein großes Thema“ (ebd., S. 12).

Ähnliche Befunde lassen sich in den internationalen Studien beobachten (vgl. Amadeo 2007; Dalton 2011; Delli Carpini 2000; Kerr et al. 2010; Norris 2011; Pattie et al. 2004; Teney/Hanquinet 2012). So sind Jugendliche durchaus bereit, sich für soziale Dinge, die nah an ihrer Lebenswelt stattfinden, zu engagieren; verbindliche politische Teilhabe in vorgegebenen Strukturen lehnen sie

jedoch ab: „Civic engagement has become *defined* as the one-to-one experience of working in a soup kitchen, cleaning trash from a local river, or tutoring a child once a week“ (Delli Carpini 2000, S. 346). Auch Livingstone (2009) verweist auf Befunde aus Fokusgruppeninterviews mit Jugendlichen zwischen neun und 19 Jahren im Rahmen der Studie *UK Children Go Online 2007* (n=1511) sowie auf weitere Sekundäranalysen und fasst zusammen, dass Jugendliche von Politik gelangweilt sind und sich stattdessen populäreren Alternativen im Internet zuwenden (vgl. Livingstone 2007; Livingstone 2009). Die Gründe für dieses niedrige Politikinteresse und -involvement scheinen in fehlender Motivation, politischen Unkenntnissen und mangelnder Selbstwirksamkeit zu liegen. Laut Livingstone (2009) werden Jugendliche durch die Erfahrung, dass politisches Engagement keine Wirksamkeit hat, ernüchtert und demotiviert (vgl. Livingstone 2009, S. 120 ff.).

Die Autoren der britischen Studie *CivicWeb Project 2009* (n=3330) verweisen ebenfalls darauf, dass Jugendliche von traditioneller Politik entkoppelt sind und Politiker von ihnen als „corrupt, boring, or hard to understand“ (Banaji/ Buckingham 2010, S. 17) gesehen werden. Banaji und Buckingham (2010) zeigen, dass Jugendliche oft die Erfahrung einer wirkungs- und folgenlosen Partizipation machen und sich bei ihnen daher ein Gefühl der Machtlosigkeit und Resignation entwickelt (vgl. Banaji/Buckingham 2010, S. 17 ff.). Dies bestätigten die Ergebnisse der Untersuchung britischer Erstwähler (18 Jahre) von Henn und Foard (2013) im Jahr 2010: „Indeed, our study has revealed a considerable aversion to formal, professional politics and to the political classes who are charged with conducting politics on young people’s behalf (...)“ (ebd., S. 373). Dabei geben diese Jugendlichen an, grundsätzlich an politischen und gesellschaftlichen Themen interessiert zu sein, letztlich aber fehlende Anreize seitens der Politik dazu führen, dass sie politisch inaktiv bleiben (vgl. ebd.).

Jansen (2011) bestätigt diese Befunde hinsichtlich einer Jugend mit mangelndem Interesse an politischen Prozessen im institutionellen Sinne und stellt Gründe für die Abkehr Jugendlicher von politischer und gesellschaftlicher Partizipation vor. Dabei verweist sie auf zwei zentrale Faktoren: die fehlende Aufmerksamkeit der Politiker und das mangelnde Vertrauen, das Jugendliche gegenüber politischen Akteuren haben (vgl. Jansen 2011, S. 23). Ebenfalls strukturbasiert führt Delli Carpini (2000) die anhaltende Apathie Jugendlicher im Hinblick auf politische Teilhabe vor allen Dingen auf die fehlende Aussicht auf Wirksamkeit ihres Engagements zurück: „The lack of faith in the efficacy of civic involvement results from the systematic devaluing of the public sector over the past 30 years“ (Delli Carpini 2000, S. 344). Und so folgert der Autor abschließend, Jugendliche seien „disengaged because they are alienated from the institutions and processes of civic life and lack the motivation, opportunity, and



ability to overcome this alienation” (Delli Carpini 2000, S. 345; vgl. Lee et al. 2013; Quintelier 2007).

Diese kurze Einführung in einige zentrale Studien, in ausgewählte kleine Untersuchungen und in internationale Befunde hat gezeigt, dass Jugendliche durchaus Interesse an ihrer Umgebung und Gesellschaft haben. Gleichzeitig wurde auf einige Hürden hingewiesen, aufgrund derer sich letztlich nur wenige im politischen Sinne engagieren.

### 2.3 Blickwechsel: Jugend nutzt und kreiert neue Beteiligungsformen

Die Forschungsliteratur spaltet sich an dieser Stelle in zwei Lager. Denn während eine große Anzahl an Studien die oben aufgeführten Ergebnisse und Interpretationen stützt, schlagen aktuelle Beiträge und erste empirische Befunde eine andere Herangehensweise und Lesart politischer Partizipation Jugendlicher (im Internet) vor. In diesen Beiträgen wird dafür plädiert, diesen Komplex aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, die bewährten Untersuchungsdesigns zu hinterfragen und das Partizipationsverständnis an aktuelle gesellschaftliche Veränderungen anzupassen.

So betont Livingstone (2009) in ihrem Beitrag die Bedeutung eines weiten Politikbegriffes in Bezug auf politische Partizipation Jugendlicher, da der Begriff *Politik* bei Jugendlichen negativ konnotiert ist und mit parteipolitischen und offiziellen Prozessen assoziiert wird. Jugendliche bezeichnen ihr Engagement nicht als politische Partizipation und so schlägt Livingstone vor, die politische Partizipationspalette durch „civic and community issues, life politics and new social movements“ (Livingstone 2009, S. 125) zu erweitern. Aus dieser Perspektive beobachtet sie ein anderes Bild einer politischen Jugend: „(...) then the view of young people as apathetic and ignorant about politics is challenged by evidence of a more lively, contested, and actively interested citizenry” (Livingstone 2009, S. 125).

Gaiser und Gille (2012) bestätigen dies anhand der Daten der *DJI-Studie AID:A 2009* und stellen fest, dass das politische Interesse und auch die Teilnahme an punktuellen politischen Aktivitäten – allen voran den Protestaktivitäten – gestiegen sind. Heranwachsende sind motiviert sich an gesellschaftlich relevanten Aktionen, die sie berühren, vielfältig zu beteiligen. Die Autoren resümieren, dass die Entwicklungstrends der verschiedenen Partizipationsformen junger Menschen positiv zu bewerten sind und deren Partizipation in den vergangenen zwei Jahrzehnten eher zugenommen hat (Gaiser/Gille 2012, S. 136 ff.). Eine besondere Stellung bekommen dabei die als *Neue Soziale Bewegungen* (NSB) bezeichneten Organisationen der Beteiligung, denen eine politische Ziel-

setzung im weiteren Sinne zugesprochen werden kann. Diese informellen Gruppen genießen bei jungen Menschen hohes Ansehen und Sympathie, sodass sich diese Jugendlichen aktiv an Treffen oder der Gestaltung von Projekten im Bereich der Umwelt, des Tierschutzes oder gesellschaftlicher Anliegen beteiligen (Gille et al. 2011, S. 565 f.). Hoffmann-Lange und Wächter (2011) stützen diese Argumentation und stellen zusätzlich zwei weitere Befunde in den Vordergrund. Demnach verteilt sich die grundsätzliche Beteiligung der 18- bis 29-Jährigen auf viele verschiedene Formen und es ist insgesamt eine leichte Zunahme der politischen Beteiligung zu verzeichnen. Zusätzlich wird ein Trend identifiziert, nachdem von einer Zunahme der Beteiligung an Protestaktionen von 50 % im Jahr 1992 auf über 80 % im Jahr 2009 auszugehen ist (Hoffmann-Lange/Wächter 2011, S. 22 ff.). Auch im Kontext der Shell Studie 2015 wird als Fazit formuliert, dass Jugendliche sich unverbindlich und punktuell engagieren (wollen). Dabei betont Schneekloth (2015): „Charakteristisch sind hier vor allem individuelle und niederschwellige Beteiligungsformen“ (Schneekloth 2015, S. 200).

Krüger (2011) argumentiert in die gleiche Richtung und stellt fest, dass Jugendliche sich durchaus engagieren. Sie bringen sich in ihrem nahen Umfeld für Dinge ein, die sie bewegen und berühren und wenn sie überzeugt sind, dass es sich lohnt. Dabei verweist er auf eine veränderte Mediennutzung Jugendlicher, die sich durch eine *passiv-empfangende* anstatt durch eine *aktiv-suchende* Haltung auszeichnet. Jugendliche lassen sich mithilfe von News-Feeds und personalisierten Newslettern über Neuigkeiten, die sie zuvor als relevant eingeschätzt haben oder die in ihren Netzwerken auf der Agenda stehen, automatisiert versorgen (vgl. Godewerth 2006; Krüger 2011, S. 140 ff.). In diesem Zusammenhang verweist Wimmer (2012a) darauf, dass durch die wachsende Mediatisierung kleine alltägliche politische Aktionen stattfinden und traditionelle „Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse im Rahmen von Wahlen und Parteien“ (Wimmer 2012a, S. 24) in den Hintergrund rücken (vgl. ebd., S. 24 ff.).

Bakker und de Vreese (2011) legen in ihrer Studie zum Zusammenhang zwischen der Mediennutzung und der politischen Partizipation Jugendlicher zwischen 16 und 24 Jahren ebenfalls ein breites Verständnis von politischer Partizipation zu Grunde. Sie argumentieren, dass die Beobachtung einer abnehmenden politischen Beteiligung Jugendlicher dadurch verzerrt ist, dass in den Studien eine starke Orientierung an traditionellen Beteiligungsaktivitäten erfolgt. Ihre Befunde belegen, dass die Nutzung des Internets zu Informations- und Kommunikationszwecken positiv mit politischer Online- und Offline-Partizipation korrelieren (vgl. Bakker/de Vreese 2011, S. 452 ff.).

Und auch Bennett et al. (2010) unterstützen die Argumentation und beobachten, dass Jugendliche heute nicht unbedingt weniger politisch interessiert und engagiert sind als früher, sondern sie andere politische Engagementformen

ausleben und die Funktionen traditioneller Partizipationsaktivitäten verändern. Die Autoren begründen dies mit dem Medien- und dem sozialen Wandel und fordern daher, dass heutige Jugendliche und ihr politisches Engagement nicht mit überholten Maßstäben und lediglich im Kontext unidirektionaler und massenmedialer Kommunikationskulturen bewertet werden sollten. Jugendliche haben im Zeitalter des Internets andere Möglichkeiten auf politische Ereignisse und Zustände zu reagieren und im Internet politisch aktiv zu werden als die Generationen vor ihnen. Dabei soll die Vermischung zwischen privaten und politischen Interessen ungeachtet fester und etablierter Partizipationsmuster zugelassen werden. Daher sehen die Autoren eine Notwendigkeit im Umdenken der Forschenden und fordern, dass nicht (nur) die traditionellen Partizipationswege beleuchtet werden. Es sollte vielmehr versucht werden, zu verstehen, wie und warum Jugendliche die neuen politischen Beteiligungsaktionen im Internet vorziehen (vgl. Bennett et al. 2010). Dies bestätigt Collin (2009) und verweist darauf, dass das mangelnde Interesse an traditionellen politischen Aktivitäten Jugendlicher nicht als Apathie zu werten ist, sondern Jugendliche neue Wege gehen, um sich politisch einzubringen (vgl. Collin 2009, S. 57 ff.; Fahmy 2006; Henn et al. 2005; Parry et al. 1992; Phelps 2012; Reichert/Panek 2012; Weinstein 2014).

Des Weiteren bestätigen Studien, dass Jugendliche beide Sphären – offline und online – nutzen, um politisch aktiv zu werden und es dabei zu einem „overlap (...) between their online and offline lives“ (Weinstein 2014, S. 226; vgl. Wagner 2014) kommt. So folgern zahlreiche Forscher, dass politisches Engagement in die mediale Lebenswelt der Jugendlichen integrierbar sein sollte, damit das Internet als nützliches und allzeit präsent Medium ein erfolgversprechendes Tool politischer Partizipation sein kann (vgl. Bennett et al. 2010, S. 395 ff.; Hasebrink/Paus-Hasebrink 2007, S. 96 f.; Tapscott 2009; Weinstein 2014; Zukin et al. 2006). Dabei sieht Moser (2014) den Vorteil darin, dass „junge Mitglieder der digitalen Gesellschaft über das Internet eine Ansprache finden, die ihrem Lebensstil entspricht (...)“ (ebd., S. 25).

Allerdings macht Wimmer (2012a) deutlich, dass Partizipation im Netz nicht einzig als Übertragung „klassischer Beteiligungsformen ins Virtuelle“ (Wimmer 2012a, S. 31) betrachtet werden kann. Diesen adaptierten Partizipationsangeboten unterstellt er eine Top-Down-Orientierung, bei denen dem Nutzer keine ausreichende Mitbestimmung und Transparenz geboten werden. Doch gerade die von Nutzern selbst entwickelten und initiierten Aktionen, die als Graswurzelbewegungen stattfinden und die Grenzen zwischen online und offline verwischen, beschreibt er als typische neue Formen einer digitalen Deliberation und Partizipation (vgl. Wimmer 2012a, S. 27 ff.; vgl. Best/Krueger 2005).

Auch die Beobachtungen von Wettstein (2012) bestätigen dieses alternative Bild einer Jugend, die im Social Web<sup>6</sup> eigene politische Ausdrucksweisen entwickelt und auslebt: „Die Apathie, die unserer Jugend attestiert wurde, scheint einem unvorhergesehenen Aktionismus gewichen zu sein“ (Wettstein 2012, S. 130). Krüger (2012) bezeichnet diese kreative und vom Nutzer ausgehende Beteiligung als „Partizipation 2.0“ und sieht sie als Gegenentwurf zu den staatlich organisierten Beteiligungsmöglichkeiten im Internet: „Jede und jeder konsumiert und produziert (...) kann auch senden, initiieren, sich engagieren, einmischen und Gehör verschaffen, ohne dass er oder sie darauf wartet, gefragt zu werden“ (Krüger 2012, S. 140). Jugendliche nutzen die neuen Medien eigenständig und interessengeleitet und wollen auch im Hinblick auf politische Informationsbeschaffung und Partizipationsoptionen nicht auf Angebote und Gelegenheiten (Wahlen, Sitzungen von Vereinen, Petitionen) warten um zu handeln, sondern wollen etwas bewegen, wenn sie gerade Zeit, Interesse und einen Anlass dazu haben (vgl. Ertelt 2012; Reichert/Panek 2012). Dazu stellt Moser (2014) fest, dass es bereits im „Web 2.0 partizipative Instrumente [gibt], welche versprechen, Politik nachhaltiger zu verändern“ und meint damit „Blogs, kollaborative Tools wie etherpad, Barcamps“ (Moser 2014, S. 35; vgl. Krüger 2012; Wettstein 2012).

Weiterhin greift Wagner (2014) in ihrer Studie vor allen Dingen die neuen politischen Nutzungsweisen im Social Web auf. Dabei stellt die Autorin anhand ihrer Daten zur jugendlichen Informationsbeschaffung den hohen Stellenwert der Sozialen Netzwerkseiten (SNS) für Jugendliche fest und attestiert diesen ein „regelmäßiger Bestandteil ihres informationsbezogenen Medienhandelns“ (Wagner 2014, S. 175) zu sein. Zeitgleich bestätigt sie, dass die jugendliche Teilhabe abnimmt, je höher die erforderte Eigenaktivität ist. Dabei kommt sie zu dem Ergebnis, dass jegliche Partizipation voraussetzungsreich ist; dabei entscheidet vor allen Dingen der Grad des politischen Interesses und die Ausprägung des Netzwerkes über eine gelingende Partizipation. Deutlich wird in dieser Studie außerdem, dass die befragten Jugendlichen die Offline- und Online-Aktivitäten komplementär nutzen (vgl. ebd.).

Die Forschergruppe um Smith (2009) berücksichtigt diese aktuelleren Medienentwicklungen im Rahmen ihrer Studie und beleuchtet zusätzlich Online-Tools in SNS und Blogs als eigenständige Tätigkeiten. Die Ergebnisse bestätigen diesen neuen Trend eines Engagements der jüngeren Befragten im Social Web. So engagiert sich via Web 2.0-Anwendungen ein Drittel der jungen Amerikaner

---

<sup>6</sup> Es soll an dieser Stelle erwähnt werden, dass in der vorliegenden Arbeit die Begrifflichkeiten Social Web, Soziale Online-Netzwerke, Social Network Sites (SNS) und Web 2.0 synonym verwendet werden. Grundsätzlich sind damit die besonderen interaktiven, digitalen, vernetzten Tools und Angebote des Internet gemeint (vgl. Schmidt 2013).

(18 bis 24 Jahre) im politischen Sinne. In diesem Bereich ist diese Altersgruppe mit großem Vorsprung zur restlichen Stichprobe am stärksten vertreten (vgl. Smith et al. 2009, S. 49).

Ähnlich fassen auch Oser, Hooghe und Marien (2013) ihre Befunde aus dem *Pew Internet and American Life Project* von 2008 zusammen: „The findings in this article therefore contribute to the accumulating evidence indicating that young people are indeed taking advantage of technological opportunities to engage with politics in a new way through online means“ (ebd., S. 98; vgl. Delli Carpini 2000; Weinstein 2014). Dabei wird deutlich, dass sich die unterschiedlichen Herangehensweisen an Politik – ob eher rezeptiv, partizipativ oder produktiv – gegenseitig befruchten: „Informational use of media stimulates youth discussion and expression, which in turn boosts civic and political participation“ (Lee et al. 2013, S. 686).

Eine Reihe weiterer empirischer Studien und theoretischer Beiträge unterstützt die skizzierten Forschungsbefunde, die aufzeigen, dass sich gerade die jüngere Generation vermehrt der politischen Internetnutzung mithilfe neuer Tools des Web 2.0 zuwendet (vgl. u. a. Jennings/Zeitner 2003; Mossberger et al. 2008; Quintelier 2007). Im Folgenden sollen diese Befunde zu den unterschiedlichen Partizipationsaktivitäten anhand einiger Beispielstudien genauer angeschaut und strukturiert werden. Dabei erfolgt die detailliertere Betrachtung entlang dreier Unterkapitel: Zunächst werden die unterschiedlichen Partizipationstypen, -funktionen und -dimensionen besprochen. Es schließt sich eine Betrachtung der konkreten Häufigkeiten und Intensitäten der unterschiedlichen Aktivitäten an. Abgerundet wird diese Darstellung durch die Diskussion zentraler, individueller Einflussfaktoren und Motive, die mit politischer Partizipation im Zusammenhang stehen. Die Daten- und Literaturgrundlage dieser Ausführungen bezieht sich zu großen Teilen auf die bereits zitierten Studien und Autoren, wobei die folgenden Ausführungen einer zusätzlichen, thematischen Strukturierung unterzogen werden.

### 2.3.1 Alles neu? Politische Nutzungstypen, -funktionen und -dimensionen

Wie bereits im Vorfeld dargelegt, erweist es sich als grundlegende Prämisse bei der Betrachtung politischer Partizipation Jugendlicher, ihre alltäglichen und medialen Gewohnheiten und Nutzungsweisen anzuschauen. Diese Verhaltensweisen betten das Politische in ein Geflecht bestehend aus anderen, privaten Interessen und Aktivitäten ein, die bereits im Alltäglichen etabliert sind.

Eines der zentralen theoretischen Konstrukte im Hinblick auf das Verhältnis Jugendlicher zur Politik vertreten Bennett et al. (2010). So beobachten die Autoren, dass Jugendliche sich in ihrem Informationsverhalten verstärkt von traditionellen und durch Gatekeeper gefilterten Medienbotschaften abwenden und stattdessen in zahlreichen sozialen und kollaborativen Formaten fragmentierte Informationen individuell zusammenstellen. In dieser veränderten Nutzungsweise sehen die Autoren die Gründe für die Abkehr und das Misstrauen junger Bürger gegenüber organisierten und hierarchischen Institutionen. Jugendliche suchen stattdessen die Nähe zu „trusted peer-to-peer relationships that promote engagement“ (Bennett et al. 2010, S. 397).

*Tabelle 1:* Eigene Darstellung des Paradigmas politischer Partizipation aus dem Blickwinkel des „aktualitätsbezogenen“ und des „pflichtbezogenen“ Bürgers nach Bennett (2008) (vgl. Bennett 2008, S. 14).

<b>The Changing Citizenry: The Traditional Civic Education Ideal of the Dutiful Citizen (DC) versus the Emerging Youth Experience of Self-Actualizing Citizenship (AC)</b>	
<b>Actualizing Citizen (AC)</b>	<b>Dutiful Citizen (DC)</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Diminished sense of government obligation – higher sense of individual purpose</li> <li>▪ Voting is less meaningful than other, more personally defined acts such as consumerism, community volunteering, or transnational activism</li> <li>▪ Mistrust of media and politicians is reinforced by negative mass media environment</li> <li>▪ Favors loose networks of community action – often established or sustained through friendships and peer relations and thin social ties maintained by interactive information technologies</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Obligation to participate in government centered activities</li> <li>▪ Voting is the core democratic act</li> <li>▪ Becomes informed about issues and government by following mass media</li> <li>▪ Joins civil society organizations and/or expresses interest through parties that typically employ one-way conventional communication to mobilize supporters</li> </ul>

In diesem Zusammenhang bezeichnen die Autoren das traditionelle Bürger-Modell, das sich an offiziellen Informations- und Engagementwegen sowie medialen Meinungsführern orientiert, als „*Dutiful Citizenship* (DC)“; die individuelle und expressive Herangehensweise mithilfe neuer Medien entspricht demnach dem Modell des „*Actualizing Citizenship* (AC)“ (Bennett et al. 2010, S. 397; vgl. Amnå 2010; Loader 2007; Moser 2014; Xenos et al. 2014; siehe Tabelle 1).

Ähnliche Beobachtungen macht Wettstein (2012) und stellt fest, dass der Medien-umgang und die Aneignung bestimmter Online-Kompetenzen Jugendlicher von den ursprünglich intendierten Nutzungsweisen abweichen und Jugendliche sich die medialen Räume und Werkzeuge zu eigen machen, um eigene Nutzungsarten zu kreieren (vgl. Lim/Kann 2008; Meikle 2002; Sandor 2003; Wettstein 2012, S. 130 ff.). Er knüpft an die Unterscheidung zwischen dem *Dutiful Citizen* und dem *Actualizing Citizen* (Bennett et al. 2011, S. 397 ff.) an und schreibt dem Verhalten Jugendlicher die Attribute eines *Actualizing Citizen* zu, der „kreativ und selbstbewusst eigene politische Inhalte erstellt und seine Meinung über verschiedene Kanäle mit anderen Bürgern teilt“ (Wettstein 2012, S. 131).

Auch Gerodimos (2010) beschreibt die Haltung der Jugendlichen bei ihrer politischen Online-Partizipation als einen „consumerist approach to online civic participation“ (Gerodimos 2010, S. 209) und unterstreicht damit die pragmatische Herangehensweise und Nutzung der gegebenen Online-Angebote durch die Jugendlichen für ihre eigenen individuellen politischen Interessen (vgl. Gerodimos 2010, S. 209 ff.). Die Unterteilung der Partizipationsarten durch Norris (2004) unterstützt diese Argumentation und so fordert die Autorin „to distinguish between *citizen-oriented* actions, relating mainly to elections and parties, and *cause-oriented* repertoires, which focus attention upon specific issues and policy concerns“ (Norris 2004, S. 4).

Ein ähnliches Konzept fasst Amnå (2010) unter dem Begriff des *Stand-by Citizen* zusammen, welches für den Autor den mehrheitlich beobachteten Zustand der Bürger umschreibt. Dabei folgt er der Annahme, dass Menschen nicht vorschnell und kategorisch in die zwei Gruppen der politisch passiven oder aktiven Bürger unterteilt werden sollten. Vielmehr erhalten diese durch individuelle, politische Prägungen ihres sozialen Umfelds eine bestimmte politische Haltung, bauen diese aufgrund von politischen Skills, Werten und Identifikationsprozessen aus. Doch erst im Falle von aktuellen politischen Anlässen, werden sie politisch aktiv oder auch nicht. Damit schreibt der Autor dem situativen Faktor in Form eines Anlasses eine entscheidende Rolle zu: „Together these stand-by characteristics constitute a preparedness to act. These characteristics can be described as latent (potential or dormant) political participation“ (Amnå 2010, S. 199). Collin (2009) bestätigt anhand der Ergebnisse aus qualitativen Interviews

mit Jugendlichen im Alter von 16 bis 25 Jahren, dass Heranwachsende sich vielseitig und alltagsnah engagieren, sofern die Partizipation in ihr Lebenskonzept passt, sich als Ausdruck ihrer Identität beschreiben lässt und mit anderen kulturellen Aspekten ihres Lebens überschneidet. Sie beschreibt die Jugendlichen mehrheitlich als „Everyday Makers who had a pragmatic, action-based approach to political participation and were uninterested in official roles or connecting with political elites unless it furthered their cause” (Collin 2009, S. 263). Dabei gilt das Internet als gleichwertiger Austragungsort, bei dem ebenfalls Privates, Schulisches, Berufliches und Politisches nebeneinander stattfinden (vgl. Collin 2009, S. 266 ff.).

Livingstone (2009) unterteilt die befragten Jugendlichen in drei voneinander abzugrenzende Gruppen: Die zumeist männlichen *interactors* verfügen über viel Online-Erfahrung und produzieren eigene Webauftritte, allerdings engagieren sie sich online nicht im gleichen Maße im politischem Sinne. Die mehrheitlich weiblich geprägte Gruppe der *civic-minded* zeichnet sich durch ein bereits entfaltetes Engagement im realen Leben aus, das durch die Möglichkeiten des Internets als eine von vielen Engagement-Optionen ergänzt wird. Der dritten Gruppe, der *disengaged* werden die am wenigsten aktiven Jugendlichen zugeordnet, die weder allgemeine Web-Seiten noch politische Partizipationsangebote im Internet besuchen und wahrnehmen. Diese Jugendlichen sind eher jünger, zeichnen sich durch einen vergleichsweise niedrigen sozio-ökonomischen Status aus und verfügen über geringe Internetfertigkeiten (vgl. Livingstone 2009, S. 129 f.; Spaiser 2011a, S. 150 f.).

Auch Spaiser (2013) entwickelt anhand ihrer Daten zur politischen Partizipation Jugendlicher im Alter von 14 bis 27 Jahren eine Typologie und identifiziert ähnliche politische Nutzungsmuster im Internet. So fasst sie unter die *Nichtaktiven* jene Jugendliche zusammen, die weder offline noch online politisch aktiv sind, während die *Interessierten* lediglich online politisch engagiert sind. Die größte – wenn auch heterogenste – Gruppe bezeichnet die Autorin als *Engagierte*, die unterschiedlich politisch eingebunden ist und dabei das Internet zu Informations- und Koordinationszwecken nutzt. Der zentrale Typ des *Internetaffinen Aktivisten* engagiert sich „besonders stark offline und online“ (ebd., S. 318) politisch und weist eine starke Nutzung politischer Online-Tools auf (vgl. Spaiser 2013, S. 198 ff.).

Vowe (2012) stellt ebenfalls eine Einordnung unterschiedlicher politischer Nutzertypen vor, die sich zwar auf alle Altersgruppen bezieht, in diesem Kontext jedoch eine Gruppe hervorgehoben werden soll. So bezeichnet er als die ‚*Digital Citizens*‘ (Vowe 2012, S. 46) jene Gruppe der Befragten, die den sogenannten



*Digital Natives*<sup>7</sup> (vgl. Prensky 2001) zuzuordnen ist und ein ausgeprägtes politisches Kommunikations- und Partizipationsverhalten im Internet aufweist. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie „das Politische in ihre Online-Welt eingebettet“ hat, „gut gebildet“, „überdurchschnittlich politisch interessiert“ sowie von „der politischen Wirksamkeit ihres eigenen Handelns stark überzeugt“ (Vowe 2012, S. 46 f.; vgl. Emmer et al. 2010; Fütting 2010) ist. Die Forschergruppe hat fünf weitere Typen identifizieren können. So weist die größte Gruppe der *Schweigenden Mehrheit* kaum politisches Interesse, politische Informationssuche oder politische Kommunikation auf. Dagegen sind die *Eigennützigen Interessenvertreter* stärker politisch interessiert, weisen eine intensive Rezeption von politischen Inhalten in der Zeitung und im Fernsehen auf. Darüber hinaus nutzen sie klassische Informations-, Kommunikations- sowie Partizipationswege im politischen Sinne und haben eine politische Mitgliedschaft inne. Die *Traditionell Engagierten* sind ebenfalls stärker politisch interessiert, nutzen vielfältige politische Offline-Kommunikation sowie klassische Informationswege und zeichnen sich durch eine zivilgesellschaftliche Mitgliedschaft aus. Die letzte Gruppe der *Organisierten Extrovertierten* ist ebenfalls stärker politisch interessiert und nutzt vielfältige Möglichkeiten der politischen Kommunikation. Zusätzlich weisen diese Personen häufiger eine Parteimitgliedschaft und Spendenbereitschaft auf (vgl. Emmer et al. 2010; Fütting 2010; Vowe 2012).

Eine ähnliche Strukturierung nimmt Hoffmann (2012) in Anlehnung an Emmer (2005) vor und unterscheidet die Dimensionen der „politischen Informationskommunikation, der interpersonalen politischen Kommunikation, der Partizipationskommunikation und der Mobilisierung und Vernetzung“ (Hoffmann 2012, S. 95.), die als Perspektiven der politischen Internetnutzung anzusehen sind (ebd., S. 94 ff.; vgl. Emmer et al. 2010).

Angelehnt an das Stufenmodell von Stange (2007) erweitern Wagner et al. (2011) sein Konzept der konkreten Partizipation Jugendlicher (vgl. Stange 2007) und beziehen es auf das Medienhandeln Jugendlicher. Dabei unterscheidet die Forschergruppe drei Formen der Online-Partizipation, die ebenfalls als gestufte Abfolge abhängig vom Commitment des Jugendlichen anzusehen sind: a. *sich positionieren* in Form von Mitgliedschaften und Statements, b. *sich einbringen* in Form von Diskussionsteilnahmen und aktiven Darstellungen eigener Inhalte und c. *andere aktivieren* in Form von Aufforderungen und Animation anderer zu bestimmten Aktionen (vgl. Wagner et al. 2011, S. 11 ff.).

---

<sup>7</sup> Die Debatte um die Validität dieses Begriffes im Hinblick auf eine Zuschreibung von Kompetenzen zu bestimmten Bevölkerungsgruppen erfährt gegenwärtig eine große Aufmerksamkeit. An dieser Stelle soll allerdings keine weitere Beschäftigung mit dieser Forschungsdiskussion erfolgen. Für einen Überblick zur aktuellen Auseinandersetzung siehe u.a. Helsper/Eynon 2010; Jandura/Karnowski 2015; Smith et al. 2013.

Eine ähnliche Strukturierung nehmen auch Jungnickel und Schweiger (2014) vor und sehen drei aufeinander folgende Kommunikationshandlungen im Social Web: Zunächst erfolgen die *präkommunikativen* Selektionshandlungen, die dem Auswählen bestimmter Webseiten oder dem Verfolgen und Vernetzen in den Sozialen Netzwerken entsprechen. Auf der nächsten Stufe befinden sich die *Rezeptionshandlungen*, die das tatsächliche Lesen, Hören und Konsumieren der Inhalte widerspiegeln. Auf der letzten Stufe sehen die Autoren die *Produktionshandlungen*, die in Form von Empfehlungen, Bewertungen, Kommentaren sowie dem eigenen Publizieren von Beiträgen zum Ausdruck kommen (vgl. Jungnickel/Schweiger 2014).

Im Rahmen einer qualitativen Studie mit 15- bis 18-jährigen bereits engagierten Jugendlichen identifiziert Olsson (2007) vier verschiedene Nutzungsfunktionen und kategorisiert die politische Internetnutzung dieser Untersuchungsgruppe hinsichtlich der *Informationsfunktion*, der *Koordination* der eigenen politischen Organisationen und des Kontakts, sowie der Teilnahme an verschiedenen *informellen Diskursen* und *öffentlichen Diskussionsforen* (vgl. ebd., S. 188 ff.; Wagner 2012, S. 77). Olsson (2007) resümiert anhand seiner Befunde, dass die Möglichkeiten des Internets für das politische Engagement zusätzliche alltagstaugliche Optionen bilden und daher als „logical extension of their already established interests and practises“ (ebd., S. 200) gesehen werden.

Die Erkenntnisse der oben vorgestellten Studien im Hinblick auf die jeweiligen Systematisierungsvorschläge von Partizipationsaktivitäten werden in Tabelle 2 zusammenfassend dargestellt. Dabei bilden diese vorgestellten Strukturierungsvorschläge nur eine kleine Auswahl der in der Forschungsliteratur diskutierten Systematisierungen ab. Es liegen alternative Konzepte vor, die aufgrund des begrenzten Rahmen dieser Arbeit nicht alle einzeln aufgeführt werden können (vgl. u.a. Bürger/Dorn-Fellermann 2014; Carpentier 2011b; Fütting 2010).

**Tabelle 2:** Übersicht der Systematisierungsvorschläge von politischen Online-Partizipationsaktivitäten ausgewählter Studien (vgl. Amnå 2010; Bennett et al. 2010; Collin 2009; Emmer/Vowe/Wolling 2011; Fütting 2010; Hoffmann 2012; Jungnickel/Schweiger 2014; Livingstone 2009; Olsson 2007; Spaier 2013; Vowe 2012; Wagner et al. 2011; Wettstein 2012).

Vertreter	Ebene	Bezeichnung	Definition
Bennett et al. 2010; Wettstein 2012; (vgl. Amnå 2010; Collin 2009)	Nutzer-typen	Dutiful Citizenship (DC)	orientieren sich an offiziellen Informationswegen, medialen Meinungsführern und bestehenden, definierten Netzwerken
		Actualizing Citizenship (AC)	durch individuelle und expressive Herangehensweise mithilfe neuer Medien und loser Netzwerke geprägt
Livingstone 2009	Nutzer-typen	interactors	verfügen über viel Online-Erfahrung und produzieren eigene Webauftritte; engagieren sich online nicht im gleichen Maße im politischen Sinne
		civic-minded	zeichnen sich durch bereits entfaltetes Engagement im realen Leben aus, das durch die Möglichkeiten des Internets als eine von vielen Engagement-Optionen ergänzt wird
		disengaged	am wenigsten aktive Jugendliche, die weder allgemeine Web-Seiten noch politische Partizipationsangebote im Internet besuchen und wahrnehmen
Spaier 2013	Nutzer-typen	Nichtaktive	sind weder offline noch online politisch aktiv
		Interessierte	sind nur online politisch engagiert
		Engagierte	sind unterschiedlich politisch engagiert
		Internetaffine Aktivisten	sind stark offline und online politisch engagiert und weisen starke Nutzung politischer Online-Tools auf
Vowe 2012; Fütting 2010 (vgl. Emmer/Vowe/Wolling 2011)	Nutzer-typen	Digital Citizens	nutzen Online-Tools für politische Kommunikationszwecke; starke Internetnutzung, aber kaum Offline-Partizipation
		Schweigende Mehrheit	zeigen kaum politisches Interesse, Informationssuche oder Kommunikation
		Eigennützige Interessenvertreter	sind stärker politisch interessiert; weisen eingeschränkte politische Kommunikation trotz intensiver Rezeption von Zeitung und TV auf; nutzen klassische politische Informations-, Kommunikations- und Partizipationswege; haben politische Mitgliedschaft inne
		Traditionell Engagierte	sind stärker politisch interessiert; nutzen vielfältige politische Offline-Kommunikation und klassische Informationswege; haben eine zivilgesellschaftliche Mitgliedschaft

		Organisierte Extrovertierte	sind stärker politisch interessiert, weisen eine vielfältige politische Kommunikation, Parteimitgliedschaft, Spendenbereitschaft auf
Hoffmann 2012 (vgl. Emmer/Vowe/Wolling 2011)	Nutzungsdimensionen	Politische Informationskommunikation	regelmäßige Nachfrage und Nutzung politischer Inhalte über klassische und neue/digitale Medienkanäle
		Interpers. politische Kommunikation	Online- und Offline-Gespräche mit Freunden oder Politikern
		Partizipationskommunikation	politische Artikulationsformen (Petitionen, Leserbriefe, Teilnahme an Demos, Beitritt in politische Gruppe)
		Mobilisierung/-Vernetzung	Verbindung und Voranbringen von gemeinsamen Aktionen zwischen NGOs und politisch interessierten Akteuren
Wagner et al. 2011	Nutzungsdimensionen	sich positionieren	über Gruppenmitgliedschaften, gepostete Statements Bilder Position zu politischen/gesellschaftlichen Themen beziehen
		sich einbringen	selbst aktiv werden; eigene Beiträge einbringen; sich an Diskussionen beteiligen oder diese anstoßen
		andere aktivieren	andere zu Aktivitäten motivieren oder sie auffordern teilzunehmen; Termine oder Aktionen ankündigen
Jungnickel/Schweiger 2014	Nutzungsdimensionen	Präkom. Selektionshandlungen	Auswählen bestimmter Webseiten; Verfolgen und Vernetzen in den Sozialen Netzwerken
		Rezeptionshandlungen	tatsächliches Lesen, Hören und Konsumieren der Inhalte
		Produktionshandlungen	Empfehlen, Bewerten, Kommentieren sowie das eigene Publizieren von Beiträgen
Olsson 2007	Nutzungsfunktionen	Information	Online-Medien werden genutzt, um Neuigkeiten oder Informationen zu rezipieren
		Koordination	Online-Medien werden zur Koordination eigener politischer Aktionen und Kontakte eingesetzt
		Informelle Diskurse	Online-Medien werden genutzt, um an verschiedenen informellen Diskursen teilzunehmen
		Öff. Diskussionsforen	Online-Medien werden genutzt, um sich in öffentlichen Diskussionsforen zu beteiligen

### 2.3.2 Konkret! Aktivitäten, Häufigkeiten und Intensitäten politischer Teilhabe

Es wurde bereits deutlich gemacht, dass im Rahmen vielfältiger Studien unterschiedliche Systematisierungen politischer Partizipationsaktivitäten vorgenommen werden. Diese Vielfalt setzt sich bei den tatsächlich untersuchten Tätigkeiten fort. Einige Studien betrachten einen Mix aus Offline- und Online-Formaten, während andere sich lediglich auf entweder Offline- oder Online-Formate beschränken. Ebenso gibt es eine große Bandbreite von Itembatterien, die in unterschiedlichen Studien zum Einsatz kommen. Nur vereinzelt werden Studien sichtbar, die sich ganz speziell der neuen partizipativen Möglichkeiten im Social Web widmen. An dieser Stelle soll ein Überblick über einige zentrale Befunde der zum Teil bereits zitierten Studien gegeben werden.

Im Rahmen der *Shell Studie* (2015) wurde ein Fokus auf eine große Bandbreite der Partizipation gelegt, sodass ausgewählte Tätigkeiten, die sowohl online als auch offline stattfinden, abgefragt wurden. Die Jugendlichen gaben an, bereits eine *Unterschriftenliste unterschrieben* (26 %), an einer *Demonstration teilgenommen* (23 %) und *politischen Konsumboykott ausgeübt zu haben* (34 %). Die Möglichkeit *übers Internet oder bei Twitter Aktionsaufrufen zu folgen*, haben lediglich 14 % der Jugendlichen bisher wahrgenommen, dagegen haben bereits 27 % der Jugendlichen schon mal eine *Online-Petition* unterschrieben. Verbindlichere Aktivitäten wie die *Mitarbeit in einer Partei oder politischen Gruppe* (4 %) sowie das *Mitmachen bei Bürgerinitiativen* (10 %) wurden von den Jugendlichen noch seltener ausgeübt (vgl. Schneekloth 2015, S. 198 ff.).

Auf Grundlage der Daten einer Zusatzstudie (Engagement 2.0) des *AID:A – DJI-Surveys 2009* verglichen Begemann et al. (2011) Partizipationsaktivitäten Jugendlicher im Internet. So berichten Begemann et al. (2011) fünf Online-Tätigkeiten, die im politischen Sinne von Jugendlichen ausgeführt wurden, jedoch blieben diese Tätigkeiten alle unterhalb der 10 %-Hürde. Dabei nannten Jugendliche am häufigsten das Unterschreiben einer *Online-Petition* (9 %), sowie die Teilnahme an einer *Mailing-Aktion oder Online-Demo* (9 %). Aber auch die Unterstützung eines *Online-Wahlkampfes* (6 %) sowie die *Teilnahme oder Aufruf eines Flashmobs* (8 %) oder einer *Massenmail-Aktion* (2 %) wurden vereinzelt von den Jugendlichen bestätigt (vgl. Begemann et al. 2011, 105 ff.).

Gaiser und Gille (2012) haben anhand der Daten des *AID:A – DJI-Surveys 2009* Offline- und Online-Wege der politischen Partizipation verglichen. Die Autoren stellten fest, dass zu den häufigsten bereits erfolgten Aktionen das *Wählen* (87 %), das *Unterschreiben von Petitionen* (75 %) und die *Teilnahme an genehmigten Demonstrationen* (43 %) gehören. Etwas seltener beteiligten sich die Befragten an *öffentlichen Versammlungen/Diskussionen* (34 %), nahmen an einem *Konsumboykott* (37 %) teil oder beteiligten sich an einer *Online-*

*Protestaktion* (25 %). Die geringste Teilnahme entfiel dabei auf die Tätigkeiten *Mitarbeit in einer Bürgerinitiative* (5 %), *aktive Parteimitarbeit* (4 %) sowie die Teilnahme an *illegalen Aktionen* (7 %) (vgl. Gaiser/Gille 2012, S. 150).

Im Rahmen der Studie von Ritzi et al. (2012) konnten Aussagen von 321 jungen Facebook-Usern (21 bis 35 Jahre) analysiert und relevante Onlineformen der politischen Partizipation identifiziert werden. Bei den Offline-Formen dominierten das *Wählen* (90 %), *die Teilnahme an Demonstrationen* (53 %) und *Volksentscheiden* (32 %), gefolgt von *dem Kontaktieren von Politikern* (27 %), der *Mitarbeit in einer Partei* (24 %) und der *Teilnahme an einem Flashmob* (19 %). Im Internet informierten sich darüber hinaus 96 % dieser befragten jungen Erwachsenen. Das *Empfehlen* (81 %), *Weiterleiten* (78 %) und *Posten* (72 %) von politischen Beiträgen wurde ebenfalls als typische Tätigkeiten in den Sozialen Netzwerken von einem Großteil der Befragten getätigt. Und auch das Unterschreiben von *Online-Petitionen* (62 %) sowie die *Aktivität in einer politischen Gruppe in den sozialen Netzwerken* (47 %) wurden noch relativ häufig ausgeübt. Die aufwendigeren Formen, wie *Kontakt zu Politikern* (35 %), *politische Gruppen selber gründen und verwalten* (20 %) oder das *Schreiben von politischen Blogs* (16 %) wurden lediglich von nur wenigen Befragten durchgeführt (vgl. Ritzi et al. 2012, S. 19 ff.).

Spaiser (2011a; 2011b) bestätigt diese Befunde anhand ihrer eigenen Untersuchung zur politischen Internetnutzung Jugendlicher und hebt den zunehmenden Stellenwert von eigenen politischen Produktionen im Netz hervor. Doch die neuen Formen wertet die Autorin als Randerscheinungen, da nur wenige Jugendliche die aufwendigeren und kompetenzerfordernden Aktivitäten ausführen. Während dreiviertel der Jugendlichen in ihrer Studie angaben, sich zumindest ab und zu *politisch im Internet zu informieren*, haben nur 35 % schon einmal an einer *politischen Online-Diskussion* und 30 % an einer *E-Petition* teilgenommen. Weniger als ein Fünftel der Befragten haben schon einmal *einen Blog* (18 %) oder *eine Audio-/Video-Datei* (10 %) veröffentlicht und auch die Teilnahme an *Protest-E-mails* wurde nur von 19 % der Befragten bestätigt. Obwohl Jugendliche die *sozialen Netzwerkdienste zur Koordination ihrer politischen Aktivitäten* vergleichsweise häufig nutzten (43 %), wurde das Internet deutlich seltener zur *politischen Mobilisierung* eingesetzt (27 %) und auch die relativ unbekannte digitale Möglichkeit des *zivilen Ungehorsams* im Internet wurde nur von einer kleinen Gruppe dieser Jugendlichen ausgeführt (unter 10 %). Darunter fallen „Netzstörungen“, „politische Sabotageakte“ „Distributed-Denial-of-Service-Attacken“ (Spaiser 2011a, S. 162), die auch in der realen Welt als Sitzblockaden

und Protestaktionen vorherrschen und im Internet als analoge Abbilder zu finden sind (vgl. Spaiser 2011a, S. 154 ff.; vgl. Spaiser 2011b; Spaiser 2013).<sup>8</sup>

In ihrer lokal angelegten Studie (n=222) mit Schülern zwischen 13 und 16 Jahren an Erfurter Schulen konnten Jöckel, Kamps und Potz (2014) die Verbreitung niedrigschwelliger Partizipationsformen im Internet identifizieren. Dabei handelte es sich um „das Liken, Posten oder Kommentieren von politischen Inhalten, [das] hierbei als eine Form von Mikro- bzw. Sub-Aktivismus verstanden“ (Jöckel/Kamps/Potz 2014, S. 161) wird. Die Forschergruppe hat im Zuge ihrer Untersuchung 13 politische Online-Aktivitäten untersucht, die zum Teil Übertragungen von politischen Offline-Aktivitäten ins Virtuelle widerspiegeln (z. B. Online-Demo, Online-Petition), aber auch onlinespezifische Aktionen aufzeigen. Ein besonderer Fokus wurde auf Aktivitäten in den Sozialen Netzwerken gelegt. So wurde dabei nach kommunikativen, partizipativen und produktiven Aktivitäten gefragt. Grundsätzlich wurde anhand der Daten deutlich, dass eher die typischen Positionierungs- und Bewertungsformen als die komplexeren und aufwendigeren Tätigkeiten ausgeführt wurden. So wurde das *Verfassen von Beiträgen in Diskussionen* (35 %) sowie das *Einstellen politischer Einstellung/Bilder/Logos im eigenen Profil* (30 %) am häufigsten ausgeübt. Danach folgten das *Komentieren und Posten von Meinungen* (18 %) oder die *Teilnahme an einem Flashmob* (19 %). Unterhalb der 10 %- Grenze wurden das *Vernetzen mit politischen Organisationen/Parteien* (7 %) oder die *Kontaktaufnahme mit Politikern* (5 %) sowie die *Teilnahme an Online-Petitionen* (5 %), *Mailing-Aktionen* (10 %), *Protest-Emails* (5 %), *Online-Wahlkämpfen* (7 %) oder *Online-Demos* (7 %) genannt (vgl. ebd., S. 157).

Einen ähnlichen Fokus hatte das DFG-Forschungsprojekt „Rezeption und Produktion von Information durch Jugendliche in der konvergenten Medienwelt“, in dem 2011 eine Erhebung mit 1206 Jugendlichen im Alter von zwölf bis 19 Jahren durchgeführt wurde. Auf Basis dieser Daten sind zwei relevante Publikationen entstanden, die an dieser Stelle vorgestellt werden sollen (vgl. Gebel et al. 2013; Wagner 2014). So legten Gebel et al. (2013) zunächst einen Fokus auf den Umgang mit Informationen und betrachteten die Nutzung verschiedener rezeptiver Online-Tools (*Suchmaschinen, Nachrichtenportale*) sowie diskursiver (*Chats, Foren*) und produktiver Angebote (*eigene Beiträge in Blogs, Sozialen Netzwerken, Videos/Podcast*). Dabei wurde die besondere Relevanz von Sozialen Netzwerken deutlich sowie die Tatsache, dass die befragten Jugendlichen eher den rezeptiven und kommunikativen als den produktiven Tätigkeiten nachgin-

---

<sup>8</sup> Diese Befunde konnte die Forscherin in einer späteren Berechnung des Datensatzes mit einer etwas reduzierten Stichprobe im Rahmen ihrer Dissertation replizieren, sodass im Folgenden immer auf beide Quellen verwiesen wird, wenn über die konkreten Partizipationsaktivitäten gesprochen wird (vgl. Spaiser 2013).

gen. So wurde aufgezeigt, dass sich ein Großteil der Befragten im *Internet über politische Themen informiert* (69 %), an *Diskussionen teilnimmt* (53 %) sowie ebenfalls in hohem Maße schon einmal eigene *politische Beiträge in den Sozialen Netzwerken* (55 %) verfasst oder *bewertet/kommentiert* (40 %) hat. Das Verfassen von *Beiträgen in Blogs* (19 %), *Diskussionsforen* (27 %) oder *Twitter* (12 %) sowie die *Produktion und Verbreitung von Audio-/Video-Dateien* (17 %) wurden allerdings weniger häufig ausgeübt (vgl. Gebel et al. 2013, S. 38 f.).

Wagner (2014) widmete sich einem etwas anderen Teil des Datensatzes und legte den Fokus auf eine breite Auffassung des Politikverständnisses, sodass sie zusätzliche Aktivitäten – über den Umgang mit politischen Informationen hinaus – in die Untersuchung einbinden konnte. Dabei stellt sie resümierend fest, dass sich die befragten Jugendlichen umso seltener an Aktivitäten beteiligten, je höher die geforderte Eigenaktivität war. So bestätigt sie die hohe Zustimmung Jugendlicher zu den Items *Informieren* und *Diskutieren* und sieht in der *Mitgliedschaft/Vernetzung in politischen Gruppen* (69 %) eine weitere zentrale und niedrigschwellige Art der Teilhabe im Internet. Erst danach folgten Aktivitäten, wie die *Mobilisierung zu Aktionen* (35 %) oder die *Teilnahme an Petitionen* (23 %). Deutlich macht die Autorin, dass das Engagement im Internet in den meisten Fällen das herkömmliche Engagement nicht ersetzt: „Vielmehr nutzen Jugendliche die internetvermittelten Möglichkeiten ergänzend in ihrem Handlungsrepertoire“ (Wagner 2014, S. 179).

In Anlehnung an die Übersicht von van Deth (2006, S. 175 ff.) werden in Tabelle 3 die Erkenntnisse der oben vorgestellten Studien zusammenfassend dargestellt. Dabei liegt der Fokus darauf, einen Überblick über die unterschiedlichen abgefragten Partizipationsaktivitäten in den jeweiligen Studien zusammenzustellen. Es wird deutlich, dass die Studien unterschiedliche Schwerpunkte setzen und vor allem neue, digitale Partizipationsaktivitäten dominieren. Allerdings sind in einigen Studien bestimmte Aussagen allgemeiner gehalten, während andere Studien detaillierter differenzieren. Beispielsweise wird im Rahmen der *Shell Studie 2015* danach gefragt, ob sich Jugendliche schon einmal „im Internet oder über Twitter kurzfristig über Aktionen informiert und daran teilgenommen haben“ (Shell Holding GmbH 2015, S. 408). In anderen Studien wird eine solche Frage hinsichtlich mehrerer Aspekte differenziert: allgemeines politisches Informieren, Twitternutzung und Teilnahme an diversen Internetaktivitäten. Es wurde dennoch versucht, die große Bandbreite der jeweiligen Antwortoptionen der besprochenen Studien zusammenzufassen.



**Tabelle 3:** Übersicht der abgefragten Partizipationsaktivitäten einiger ausgewählter Studien und der jeweiligen prozentualen Häufigkeiten (vgl. Begemann et al. 2011; Gaiser/Gille 2012; Gebel et al. 2013; Jöckel et al. 2014; Ritzi et al. 2012; Shell Holding GmbH 2011; Spaiser 2011a; Wagner 2014).

Aktivitäten	Shell Studie 2015 (n=2558)	Zusatzstudie Engagement 2.0 2010 (n=1062)	AID:A – DJL- Survey 2009 (n=6454)	Ritzi et al. 2012 (n=321)	Spaiser 2011 (n=2404)	Jöckel et al. 2014 (n=222)	Gebel et al. 2013 (n=1206)	Wagner 2014 (n=1182)
<b>Politische Offline-Partizipation</b>								
Wählen			87 %	90 %				
Petitionen unterzeichnen	26 %		75 %					
Pol. Konsumboykott	34 %		37 %					
Teilnahme an Demo	23 %		43 %	53 %				
Teilnahme an Bürgerinitiativen	10 %		5 %					
Teilnahme an öffentlicher Diskussionen			34 %					
Teilnahme an Volksentscheiden				32 %				
Kontaktieren von Politikern				27 %				
Mitarbeit in Partei/ politischer Gruppe	4 %		4 %	24 %				
Ziviler Ungehorsam	3 %		7 %					
<b>Politische Online-Partizipation</b>								
Info über pol. Themen				96 %	75 %		69 %	69 %
über Aktionen informieren/teilnehmen	14 %							
Teilnahme an Online-Petition		9 %		62 %	30 %	5 %		23 %
Teilnahme an Mailing-Aktion		9 %				10 %		
Teilnahme an Demo			25 %			7 %		
Online-Wahlkampf-Support		6 %				7 %		
Teilnahme/Aufruf von Flashmobs		8 %		19 %		19 %		
Teilnahme an pol. Diskussionen (Chat-Rooms / SNS)					35 %	35 %	53 %	53 %

Politische Profil-Einstellung in SNS						30 %		
mit pol. Seiten/Politikern/ Parteien in SNS vernetzen						7 %		69 %
Gründung und Verwaltung politischer Gruppen in SNS				20 %				
Aktivität in politischer SNS-Gruppe				47 %				
Empfehlen, Weiterleiten und Posten von politischen Beiträgen in SNS				81 %		18 %	55 %	
Kontaktaufnahme zu Politikern				35 %		5 %		
Schreiben von politischen Blogs				16 %	18 %		19 %	
Erstellung politischen Audio-/Video-Dateien					10 %		17 %	
SNS zur Koordination/ Mobilisierung von politischen Aktivitäten					27 %			35 %
Ziviler Ungehorsam (Protest-Mails, hacktivism, DDoS-Attacken)		2 %			10 %	5 %		

Darüber hinaus soll diese Auflistung auch eine Ergebnistabelle dieser Studien darstellen. So wird in einer komplexitätsreduzierten Weise dargestellt, wie viele der jeweils Befragten die jeweiligen Tätigkeiten in den Studien ausgeführt haben. So kann ein grober Überblick darüber gegeben werden, welche Aktivitäten in den jeweiligen Studien dominieren und ob sich eine gemeinsame, übergreifende Tendenz beobachten lässt. Die einzelnen Häufigkeitsverteilungen werden dabei in Prozent in Relation zu den jeweiligen Studien gegeben; ein zahlenmäßiger Vergleich zwischen den Studien darf daraus allerdings nicht resultieren. Dazu sind die verwendeten Definitionen, Skalen und Stichproben zu unterschiedlich (vgl. Tabelle 2).

Diese acht empirischen beispielhaft dargestellten Beiträge zeigen einerseits die Bandbreite der jeweils angelegten Fokusse auf unterschiedliche Partizipationsformen und Untersuchungsgruppen. Andererseits können anhand dieser verschiedenen Itembatterien und ihrer jeweiligen Ausprägungen einige übergreifende Tendenzen abgelesen werden. So zeigt sich mit Blick auf die Offline-Tätigkeiten, dass bei den Untersuchungsdesigns ein Schwerpunkt auf *das Wählen, das Unterschreiben von Petitionen, den politischen Konsum, die Teilnahme an De-*

*monstrationen* sowie die *Mitarbeit in politischen Gruppen/Parteien* gelegt wird. Dabei werden die ersten vier genannten von den hier befragten Jugendlichen häufig in hohem Maße ausgeübt. Die ressourcenintensiveren und verbindlicheren Formen – darunter auch das *Mitarbeiten in Parteien* – haben bei den jeweils befragten Jugendlichen einen niedrigeren Stellenwert.

Im Bereich der Online-Partizipation dominieren vor allen Dingen die *Informationsbeschaffung*, das *Zeichnen von Petitionen*, die *Teilnahme an politischen Diskussionen* und das *Empfehlen, Weiterleiten und Posten von politischen Beiträgen in den SNS*. Diese Tätigkeiten werden – mit einigen Abweichungen – in höherem Maße von den Jugendlichen als getätigte Aktivitäten benannt. Ebenfalls in einigen der Studien relevant erscheinen die produzierenden (*Schreiben von Blogs*) und initiiierenden (*Kontakt/Mobilisierung/Koordination zu Akteuren/Aktionen*) Tätigkeiten in den SNS; diese werden allerdings weniger häufig von den Jugendlichen ausgeübt. Je nach Studie werden vereinzelt neuere oder spezifischere Aktivitäten abgefragt, die in dieser Aufstellung jedoch wenig vergleichbar sind und daher einen exemplarischen Charakter aufweisen.

### 2.3.3 Einflussfaktoren und Motive politischer Partizipation von Jugendlichen

Nachdem in den bisherigen Beschreibungen politischer Partizipation über verschiedene Partizipationstypen, tatsächliche Aktivitäten sowie entsprechende Häufigkeiten berichtet wurde, soll an dieser Stelle eine Übersicht über relevante Faktoren und Motive erfolgen, die eine gelingende Partizipation begünstigen. Zunächst sei einschränkend jedoch erwähnt, dass sich die politische Partizipationsforschung generell eher der Betrachtung eben jener Formen und Typen sowie dem Umfang und der Verbreitung widmet.

Die Untersuchung der Voraussetzungen, Gründe und Zwecke, die hinter einer Partizipationshandlung stehen, gestaltet sich wesentlich schwieriger, da die meisten Handlungen durch eine Kombination verschiedener Umstände, Eigenschaften und Kontexte der jeweiligen Personen geprägt sind. Welche Faktoren also letztlich ausschlaggebend sind und damit politische Partizipation eindeutig und isoliert erklären können, bleibt daher oft verborgen; auch die Handelnden selbst können ihre Intentionen diesbezüglich oft nicht eindeutig begründen (vgl. van Deth 2009).

Dennoch sollen einige relevante Zusammenhänge und Annahmen der aktuellen Forschungsliteratur hinsichtlich einzelner Partizipationsfaktoren und -motive vorgestellt werden. Auf einige Befunde zu den Bedingungen und Hindernissen im Hinblick auf politische Teilhabe wurde bereits eingegangen (vgl. Kapitel 2.2.), sodass nachfolgend eine kleine Auswahl zentraler Argumente erfolgt.

*Sozioökonomische, sozio-demografische und kommunikative Faktoren*

Einreihend in die Befunde vieler zentraler Studien zur politischen Partizipation, zeigen die Ergebnisse zu den Einflussfaktoren im Rahmen der Studie von Banaji und Buckingham (2010), dass soziodemografische Faktoren, wie das Alter und Geschlecht, sowie am stärksten die sozioökonomischen Faktoren den Partizipationsgrad positiv beeinflussen. Vor allem ein hoher eigener sowie elterlicher Bildungshintergrund bedingt ein Engagement für politische und gesellschaftliche Zwecke in hohem Maße positiv (vgl. Gille et al. 2011; vgl. Spaiser 2013; Wagner 2014). Im Hinblick auf den Unterschied zwischen Offline- und Onlinepartizipation stellen Smith et al. (2009) auf Grundlage ihrer Studienergebnisse fest: „(...) income and education have the same relationship to online and offline political activity, and there is no evidence that Web-based political participation fundamentally alters the long-established association between offline political participation and these socio-economic factors” (Smith et al. 2009, S. 39). So sind die besser Verdienenden und besser Gebildeten diejenigen, die sich am meisten engagieren – offline wie online (vgl. ebd., Escher 2010; Quintelier 2007; Spaiser 2013; Wagner 2014).

Hinsichtlich des Alters wird in vielen Studien bestätigt, dass je älter Jugendliche sind, sie umso häufiger politisch aktiv werden. Dennoch gibt es auch Hinweise darauf, dass politisches Engagement im Zuge des Berufseinstiegs, der Festigung einer Partnerschaft und Familienplanung in der späteren Jugendphase aufgrund mangelnder Zeitressourcen wieder abnimmt (vgl. Schneekloth 2015; Gaiser/Gille 2012). Das Geschlecht ist ebenfalls eine Einflussvariable, die sich in unterschiedlicher Form auf die Beteiligung an politischen Aktionen auswirkt. So stellen Gaiser und Gille (2012) fest, dass die verbindlicheren, ressourcenintensiveren aber auch die online-basierten Tätigkeiten eher von männlichen Jugendlichen ausgeübt werden, während sich weibliche Jugendliche „häufiger an Unterschriftensammlungen und Aktionen des politischen Konsums beteiligen“ (ebd., S. 151).

Im Kontext relevanter Ressourcen werden in der Forschungsliteratur häufig weitere zentrale Kompetenzen in den Vordergrund gestellt; verbale und mediale Kommunikationsfähigkeiten. So betont Wagner (2014), dass im Speziellen die politischen Online-Beteiligungsformen zwar als niedrigschwellig gelten, jedoch bestimmte mediale Handlungsrepertoires dazu im Vorfeld erworben werden müssen (vgl. Wagner 2014, S. 183). Auch Spaiser bestätigt dies und verweist dabei auf einen starken Zusammenhang in ihrer Untersuchung zwischen der Internetkompetenz und der politischen Online-Partizipation (vgl. Spaiser 2013).

### *Politisches Interesse und Wissen*

Im Rahmen einer qualitativen Untersuchung mit älteren Jugendlichen von Olsson (2007) wurden Ressourcen identifiziert, die seitens der Nutzer bestehen müssen, damit Online-Tools überhaupt im politischen Sinne genutzt werden können. Neben materiellen (PC und Internetzugang), sozialen (soziale Beziehungen) und diskursiven (sprachliche, kulturelle und intellektuelle) Ressourcen führt der Autor einen weiteren Faktor ein, der für eine gelingende politische Partizipation im Internet ausschlaggebend erscheint: politische Ressourcen. Darunter versteht der Autor die Dimensionen „political interest, political knowledge, and political experiences“ (Olsson 2007, S. 201; vgl. Dalton 2000).

Das wird auch von Hoffmann (2012) bestätigt, die anmerkt, dass Jugendliche ein politisches Interesse und die Bereitschaft für ein Engagement aufweisen müssen, um sich längerfristig und verbindlich zu engagieren (vgl. Hoffmann 2012, S. 99 f.; Gille et al. 2011; Begemann et al. 2011; Schneekloth 2015). Ebenso verweisen Jöckel et al. (2014) auf ihre Studiendaten und identifizieren mit dem Faktor des politischen Interesses „eine zentrale Erklärungsvariable“ (Jöckel et al. 2014, S. 161) politischer Partizipation Jugendlicher. Dabei weist Spaiser (2013) anhand ihrer Studiendaten zu politischen Partizipation Jugendlicher darauf hin, dass neben dem eigenen auch das politische Interesse des sozialen Umfeldes (Eltern, Geschwister, Freunde) als zuverlässige Prädiktoren für politische Teilhabeprozesse (vgl. ebd., S. 326) eine Rolle spielen können.

### *Soziale Vernetzung*

Des Weiteren machen Banaji und Buckingham (2010) deutlich, dass Jugendliche sich eher für politische Themen begeistern und engagieren, wenn sie Freunde oder Familienmitglieder haben, mit denen sie diese Interessen teilen (vgl. Banaji/Buckingham 2010, S. 18). Auch Gille et al. (2011) sehen die Einbindung in ein soziales Netz als relevante Voraussetzung für eine Engagementbereitschaft (vgl. Spaiser 2013). Des Weiteren bestätigen Ritzi et al. (2012), dass die jugendlichen Befragten in ihrer Studie explizit das Motiv des Treffens und Kennenlernens von Freunden als Beweggrund für ein politisches Engagement benannt haben (vgl. Ritzi et al. 2012). Neben der Schule als zentrale politische Bildungsinstanz sieht Böhm-Kasper (2006) die Eltern als Vorbilder. So stellt der Autor fest, dass „vor allem die Familie in die Pflicht zu nehmen [ist], die durch eine aktive Auseinandersetzung mit politischen Themen in der innerfamiliären Kommunikation und ein vorgelebtes politisches Engagement (...) die Basis für eine aktive politische Teilhabe der nachwachsenden Generation legt“ (Böhm-Kasper 2006, S. 74).

*Lokalität, Lebensraumnähe und Betroffenheit*

Eng mit dem Aspekt der sozialen Einbindung sind die beiden Faktoren der Lokalität und Lebensraumnähe verknüpft. So stellen Banaji und Buckingham (2010) fest, dass Jugendliche, die bereits offline lokal mit einer Beteiligungsaktivität erfolgreich waren und etwas erreicht hatten, sich eher für weitere Partizipationsangebote interessierten und motiviert waren, etwas zu bewegen: „For many, engagement still begins and ends offline“ (Banaji/Buckingham 2010, S. 20; vgl. Wagner 2014). Dabei wurde deutlich, dass die Motivation höher war, je stärker die Aktivität in Bezug zu ihrer eigenen Lebenswelt stand und Jugendliche dadurch mehr Zutrauen hatten, etwas bewirken zu können (vgl. Banaji/ Buckingham 2010, S. 20; Ertelt 2012).

Vromen und Collin (2010) folgern anhand ihrer Ergebnisse aus Fokusgruppeninterviews mit Jugendlichen, dass es notwendig sei, Jugendliche in den Räumen anzusprechen, in denen sie agieren und zum Teil bereits in eigenen Projekten und Aktivitäten engagiert sind. Diese Räume schließen sowohl Organisationen, Vereine als auch virtuelle Treffpunkte in den SNS ein (vgl. ebd., S. 107 ff.). Die Autoren bekräftigen weiterhin die Notwendigkeit einer jugendaffinen Ansprache, die durch unterhaltsame Elemente, den Einsatz von Incentives sowie die Herausstellung eines Nutzens für die Jugendlichen geprägt ist.

In diesem Zusammenhang weist Quintelier (2007) darauf hin, dass nur durch eine Öffnung der politischen Sphäre für jugendaffine Themen Politik für diese Altersgruppe interessant wird. Ein zu enges Politikverständnis führt dazu, dass Politik für Jugendliche irrelevant für ihre eigene Lebenswelt erscheint (vgl. ebd., S. 177). Dabei weist Spaiser (2013) darauf hin, dass es für die Entscheidung, sich politisch einzubringen, durchaus eine Rolle spielt, wie sehr ein Missstand oder Problem die Personen tatsächlich betreffen. Jugendliche, die ihre Lebenswelt sichern wollen und entsprechende Gefahren oder Hindernisse sehen, bringen sich nach Ansicht der Autorin häufiger politisch ein, um für ihre Ziele einzutreten. Der Wunsch nach einer Verbesserung ihres Lebensraumes und ihrer kommunalen Gegebenheiten führt diese Heranwachsenden in ein Engagement (vgl. Spaiser 2013, S. 320 ff.). Im Hinblick auf die Betroffenheit weist bereits Schneekloth (2010) mit Bezug auf die Daten der letzten Shell Studie 2010 darauf hin, dass auch moralische und idealistische Werte ein politisches Engagement ausschlaggebend begünstigen können: „Ausgangspunkt für politische Aktionen ist nach wie vor eine eigene Betroffenheit, sei es unmittelbar oder mittelbar, indem man sich mit einem gesellschaftlichen Problem persönlich identifiziert“ (Schneekloth 2010, S. 151).

Wagner (2012) führt in diesem Zusammenhang aus, dass Jugendliche ihre Online-Aktivitäten und Beteiligungsformen miteinander verbinden. Partizipation kommt demnach eher zustande, wenn für Jugendliche relevante Themen ange-

sprochen sind und sie in ihrer Kommunikationsweise sowie in ihren Aufenthaltsräumen (online wie offline) konfrontiert werden. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Autorin die Bedeutung der Herausbildung von vielfältigen Kompetenzen: „Erst durch das Zusammenspiel zwischen den für Jugendliche relevanten Themen und den ihnen vertrauten medialen Kommunikations- und Interaktionsstrukturen entsteht die Grundlage für die Entwicklung der notwendigen Fähigkeiten für eine souveräne Lebensführung.“ (Wagner 2012, S. 79)

### *Selbstwirksamkeit und neue Erfahrungshorizonte*

Im Hinblick auf die eigene Entfaltung und Identitätsarbeit sehen Vromen und Collin (2010) anhand ihrer Studiendaten, dass Jugendliche etwas beitragen und bewirken möchten sowie neue Erfahrungen sammeln und sich neue Fähigkeiten aneignen wollen (vgl. Vromen/Collin 2010, S. 105 f.). Und auch Gille et al. (2011) machen anhand ihrer Befunde deutlich, dass die Mehrheit der Jugendlichen grundsätzlich engagiert ist und ihre Zeit mit anderen und für andere verbringt, um etwas zu bewegen und ihr Leben zu gestalten (vgl. Ertelt 2012). Reinders (2014) attestiert Jugendlichen ebenfalls instrumentelle Motive als wichtige Antriebsfaktoren und damit den Wunsch, durch das Engagement etwas zu lernen und Kompetenzen für das eigene Leben zu erwerben (vgl. Reinders 2014).

Gille et al. (2011) stellen neben den zentralen Faktoren der eigenen Bildung und dem politischen Interesse vor allem das Gefühl der eigenen Selbstwirksamkeit als eine wichtige Voraussetzung für ein Engagement dar. Das niedrige Einstiegsalter in eine Vereinsaktivität Jugendlicher zeigt, dass junge Menschen schon früh bereit sind, zu partizipieren und sich einzubringen. Die damit verbundenen positiven Erfahrungen der eigenen Erfolge können ein späteres (politisches) Engagement befördern und aktivieren. Vor allem, wenn diese Bereitschaft junger Bürger auf konkrete Beteiligungsoptionen trifft und Jugendliche auch mit zunehmendem Alter weiterhin Gelegenheiten finden und Ressourcen erhalten zu partizipieren (vgl. Gille et al. 2011, S. 570 ff.; Reichert/Panek 2012; Schneekloth 2010; Spaier 2013). So resümiert auch Godewerth (2006) in diesem Zusammenhang, „dass politisches Interesse bei Jugendlichen erst dann geweckt wird, wenn sie sich in den ersten Kontakten mit politischen Kontexten vom Nutzen der Politik überzeugen konnten“ (ebd., S. 22).

### *Transparenz und Anerkennung*

Als einer der zentralen Aspekte im Hinblick auf jugendliches Engagement und daher ein wesentlicher Punkt in Livingstones (2009) Ausführungen gilt die Erkenntnis, dass Jugendliche wissen wollen, wer ihnen zuhört und was aus ihrem Engagement entstehen kann, bevor sie sich dazu entscheiden zu partizipieren. Dabei stellt die Autorin heraus, dass Jugendliche durch negative und ernüchter-

de Erfahrungen der Ohnmacht und mangelnden Aussicht auf Erfolg von der politischen Beteiligung fern bleiben. Die Autorin spricht in diesem Zusammenhang von einem kommunikativen Defizit, das darin besteht, dass Anbieter von Partizipationsangeboten oft nicht klar und transparent offenlegen, welchen Zweck die Beteiligung Jugendlicher hat und wohin sie führen wird. Denn auch wenn Partizipation an sich einen Wert im Kontext der politischen Bildung beschreibt, so wollen Jugendliche über die Intentionen der Anbieter Bescheid wissen, ernst genommen werden und tatsächliche Folgen ihrer Partizipation sehen (vgl. Livingstone 2009, S. 119 ff.; vgl. Godewerth 2006). So ergibt sich für die Autorin die Frage: „Do we want young people to participate in the internet for its own sake, or do we want them to participate in society by means of the internet?“ (Livingstone 2009, S. 143).

Burdewick (2006; 2003) bestätigt dies anhand ihrer Ergebnisse aus qualitativen Interviews mit Jugendlichen, die in Jugendparlamenten mitwirken. Diese gaben an, dass sie den Eindruck haben, die Politik interessiere sich nicht wirklich für ihr Engagement. Die Autorin spricht in diesem Zusammenhang von einer „Jugendverdrossenheit der Politik“ (Burdewick 2006, S. 13) und stellt den Aspekt der Anerkennung in den Mittelpunkt. Damit verweist sie auf eine weitere Bedingung für eine gelingende Partizipation Jugendlicher, die in ihrer Rolle als Experte mit gleichen Rechten wertgeschätzt und berücksichtigt werden wollen (vgl. Burdewick 2006, S. 13 ff.; Burdewick 2003, S. 279 ff.; Quintelier 2007). Auch Gerodimos (2010) stellt in seiner Untersuchung fest, dass Jugendliche die erhofften Auswirkungen ihres Engagements anzweifeln und daher offerierten Partizipationsoptionen fernbleiben (vgl. Gerodimos 2010, S. 209 ff.).

Es wurde an dieser Darstellung deutlich, dass sich die zentralen Faktoren breit auffächern lassen und verschiedene einzelne Bedingungen sowohl auf der Individual- aber auch auf der Sozialebene ein Zustandekommen politischer Teilhabe bedingen können. Da diese Beschreibung der verschiedenen relevanten Einflussfaktoren im Allgemeinen verhaftet geblieben ist, muss an dieser Stelle ergänzend betont werden, dass sich die Einflussfaktoren und Motive je nach Partizipationsform unterscheiden und in der Ausprägung variieren können. Dies folgern auch Ritzi et al. (2012) aus den identifizierten Zusammenhängen in ihrer Studie: „Unsere Analyse der Motive politischer Beteiligung im und außerhalb des Internets belegt also, dass mit unterschiedlichen Aktivitätsformen verschiedene Absichten und Motive einhergehen“ (Ritzi et al. 2012, S. 28).

Die an dieser Stelle dargestellten Faktoren und Motive reihen sich zudem in die aus der politischen Partizipationsforschung bekannten Dimensionen der Ressourcen, der politischen Einstellungen und der sozialen Gefüge ein (siehe dazu Kapitel 3.1). Darüber hinaus werden zusätzliche Aspekte deutlich, die sich im Speziellen an die Bedingungen und Erfahrungswelten der Jugendlichen orientie-



ren und damit die üblichen sozioökonomischen und rationalen Modelle der politischen Partizipationsforschung erweitern. Nachfolgende Auflistung soll die aufgeführten Faktoren und Motive noch einmal zusammenfassen:

- sozioökonomische Faktoren (Einkommen, Status, Bildung)
- sozio-demografische Faktoren (Alter, Geschlecht)
- kommunikative Faktoren (verbale und mediale Kompetenzen)
- politisches Interesse
- politisches Wissen
- Soziale Vernetzung
- Lokalität und Lebensraumnähe
- Betroffenheit (unmittelbare/vermittelte Betroffenheit der eigenen Werte)
- Selbstwirksamkeit und Anerkennung
- neue Erfahrungshorizonte (Gestaltungs- und Identitätsmotive)
- Transparenz (offene und ernstgemeinte Kommunikation)

Einschränkend sei an dieser Stelle auf zwei kritische Aspekte in der Motivationsforschung im Hinblick auf politische Teilhabe verwiesen. So macht Reinders (2014) deutlich, dass die bisher vorhandenen Daten zum jugendlichen Engagement implizieren, dass es „lebensphasen-spezifische Unterschiede in den Motiven gibt“ (ebd., S. 55). So verfolgen Menschen in unterschiedlichen Phasen ihres Lebens wechselnde Hauptmotive, die ihre jeweiligen Handlungen bedingen. Des Weiteren gibt der Autor zu bedenken, dass die Motivation bei einem Engagement verschiedene Phasen durchläuft. In diesem Zusammenhang unterscheiden einige Autoren zwischen Einstiegs- und Bleibemotiven. Es kann daher sein, dass Menschen sich zu Beginn eines Engagements aus anderen Gründen einbringen, als im späteren Verlauf einer Partizipationsphase (vgl. Dux et al. 2009; Moser 2010; Reinders 2014).

## **2.4 Internet als Einstiegsmedium ins Engagement oder nur Lernfeld?**

Als abschließende Betrachtung soll in diesem Kapitel – aufbauend auf dem vorgestellten Forschungsstand zum politischen Engagement Jugendlicher, den unterschiedlichen Systematisierungsvorschlägen und Ausprägungen sowie den Gelingensbedingungen – die Relevanz des Internets in Bezug auf diesen Forschungszweig erfolgen.

Zunächst soll erneut an die zu Beginn formulierte Annahme zur Herausbildung einer Politisierung aus der Mediatisierung angeknüpft werden. Es wird in Bezug auf dieses Forschungsproblem häufig die Frage gestellt, ob und inwieweit

sich das Internet als Einstiegsmedium in ein politisches Engagement für Jugendliche eignet. Ein umfangreicher Literaturkorpus beschäftigt sich mit diesem Zusammenhang und befeuert kontinuierlich die wissenschaftliche Diskussion mit einer Vielzahl an neuen Befunden und theoretischen Auseinandersetzungen (vgl. u.a. Barber 1997; Bimber 2003; Dahlgren 2013; Emmer et al. 2010; Jennings/Zeitner 2003; Kamps 1999; Katz/Rice 2002; Scherer 1998).

Diesbezüglich bestehen konträre Annahmen innerhalb der Forschungsliteratur, die in Form dreier zusammenhängender Thesen im Rahmen diverser Untersuchungen bemüht werden. Während die *Mobilisierungsthese* davon ausgeht, dass Bürger durch das Internet zum Engagement mobilisiert werden können, widerspricht die *Normalisierungsthese* dieser Annahme. Hierbei wird davon ausgegangen, dass lediglich diejenigen, die bereits offline politisch aktiv sind, das Internet als zusätzliches Medium heranziehen und es für ihr Engagement nutzen. Letztlich beschreibt die dritte und pessimistischste These der *Ablenkung*, dass die Beschäftigung mit den im Überfluss vorhandenen unpolitischen Angeboten im Internet dazu beiträgt, dass sich Bürger von politischen Angeboten abwenden oder gar nicht erst den Zugang bekommen (vgl. Delli Carpini 2000; Escher 2010; Ferdinand 2000; Margolis/Resnick 2000; Marschall/Schulze 2012; Norris 2000; Oser/Hooghe/Marien 2013; Vissers/Stolle 2013).

Dabei spaltet sich die Forschungsgemeinschaft und Studien belegen sowohl, dass es kaum bis wenige positive Zusammenhänge zwischen der Internutznung und politischer Partizipation gibt (vgl. u. a. Baumgartner/Morris 2010; Bimber 2001; Boulianne 2009; Davis 2005; DiMaggio et al. 2001; Escher 2010; Moser 2011; Moser 2014; Oser et al. 2013; Roleff 2012) als auch, dass die Internetnutzung positive Effekte auf die Offline- und Online-Partizipation hat (vgl. u. a. Bode 2012; Carlisle/Patton 2013; Delli Carpini et al. 2004; Gibson et al. 2005; Kenski/Stroud 2006; Krueger 2002; Mossberger et al. 2008; Park et al. 2009; Polat 2005; Rheingold 2008; Shah et al. 2001; Spaier 2011b; Vowe et al. 2007; Weber et al. 2003; Weinstein 2014; Zhang et al. 2013). An dieser Stelle sollen zentrale Befunde diskutiert werden, die das Internet als Mobilisierungsinstrument und als Ort politischer Partizipation im Spannungsfeld dieser drei Thesen in den Fokus nehmen.

In ihrem Beitrag zum Zusammenhang zwischen jugendlicher Partizipation und der Internetnutzung stellen Begemann et al. (2011) fest, dass jugendliches Engagement nicht unter der Internetnutzung leidet, sondern onlinebasierte Tools vielmehr zu wichtigen Werkzeugen politischer Partizipation geworden sind. So geben die Autoren zwar zu bedenken, dass sich das Engagement Jugendlicher im Internet noch nicht sehr stark etabliert hat und daher „Online-Angebote eher Unterstützungsinstanzen von Engagement (...) als Orte des Engagements (...) sind“ (Begemann et al. 2011, S. 137). Dennoch wird dem Web 2.0 hohes Poten-

zial zugesprochen und erste Anzeichen weisen darauf hin, dass Jugendliche in Zukunft verstärkt auf Online-Tools für ihr Engagement zugreifen werden, da diese schnell, wenig aufwendig und ressourcenarm einsetzbar sind (vgl. Bege-  
mann et al. 2011, S. 137 f.). Ähnlich sehen es Raynes-Goldie und Walker (2008) und sprechen den Online-Medien die Rolle des „facilitators of action, rather than place of action“ (ebd., S. 162) zu. Daher weisen sie verstärkt auf die Möglichkeiten der Planung, Kommunikation und Koordination dieser Online-Tools im Zusammenhang mit politischer Partizipation hin (vgl. Raynes-Goldie/Walker 2008).

Die Befunde der Studie von Hirzalla und van Zoomen (2011) weisen darauf hin, dass jugendliche Partizipationsmuster von den jeweiligen Inhalten, Akteuren und Institutionen abhängen und nicht von dem Austragungsort. So engagieren sich Jugendliche unabhängig davon, ob ein spezielles Partizipationsangebot offline oder online zur Verfügung steht. Außerdem geben die Ergebnisse Hinweise darauf, dass Offline-Aktivitäten häufiger durchgeführt werden als Online-Aktivitäten. Die Autoren folgern: „(...) the Internet is not a special place where youth are more inclined to participate than they are offline; that online participation is more or less a reflection of offline participation (...)“ (Hirzalla/van Zoomen 2011, S. 494; Wagner et al. 2012).

Die Autorengruppe um Bennett (2010) verweist ebenfalls darauf, dass digitale Medien nicht als alleinige Alternative oder Konkurrenz zu den herkömmlichen Beteiligungsaktivitäten dominieren müssen, sondern „hybrid strategies that combine on- and offline tactics in the service of the civic goal“ (Bennett et al. 2010, S. 402) am geeignetsten erscheinen. Allerdings machen die Autoren auf Grenzen der digitalen, politischen Partizipationsmöglichkeiten aufmerksam. Zum einen argumentieren sie, dass nicht alle *Digital Natives* über notwendige Kenntnisse und Fähigkeiten verfügen, um an politischen Aktionen teilzuhaben. Des Weiteren stellen sie fest, dass bisher nur eine kleine Gruppe der Internetnutzer einen Großteil der Inhalte produziert und damit sehr große Aufmerksamkeit erlangt (vgl. ebd., S. 406 f.; Nielsen 2006).

Dies bestätigen auch die Befunde von Banaji und Buckingham (2010). So engagieren sich nur diejenigen Jugendlichen online, die bereits politisch aktiv sind. Bisher konnte das Internet – speziell für die politikfernen und schwer erreichbaren Jugendlichen – nicht als Einstiegsmedium zur politischen Partizipation gewertet werden. Vielmehr gelten die persönlichen Kontakte und die Ansprechpartner in lokalen Jugendgruppen vor Ort als die erfolgversprechenderen Impulsgeber für eine politische Beteiligung (vgl. Banaji/Buckingham 2010, S. 17 f.). „Our research shows that although the Internet is an excellent tool at the disposal of those already interested in politics, it is much less effective in reaching out to and engaging those who are not already engaged“ (Banaji/Buckingham

2010, S. 23). Collin (2009) bestätigt dies und stellt fest, dass das Internet gut geeignet ist, um bereits bestehendes politisches Engagement zu ergänzen, sich allerdings nicht zur Mobilisierung neuer politischer Interessenten eignet (vgl. Collin 2009, S. 57 ff.). Auch Livingstone, Couldry und Markham (2007) empfehlen, dass „(...) the broad decline in youth participation might be better redressed through offline initiatives, strengthening the opportunities structures of young people's lives (...)” (Livingstone et al. 2007, S. 28; vgl. Raynes-Goldie/Walker 2008).

Auch Livingstone (2009) zeigt in ihrer Analyse, dass Jugendliche, die bereits engagiert sind, das Netz für politische Partizipation nutzen und sich leichter mobilisieren lassen. Die Inaktiven wiederum müssen über alternative Wege erreicht werden (vgl. Livingstone 2009, S. 136 ff.). Weiterhin führt die Autorin die Überlegung aus, ob sich das Internet mit den partizipativen Angeboten eventuell eher als Mittel zu politischer Bildung anstatt zur politischen Partizipation eignet. Da Jugendliche bis zu einem Alter von 18 Jahren nur eingeschränkt als Bürger Verantwortung übernehmen können, stellen Angebote und Räume zur politischen Beteiligung eher Optionen zur Übung politischer Verantwortungsübernahme dar. In diesem Sinne bezeichnet sie die Behandlung Jugendlicher durch Erwachsene nicht als wirkliche Bürger sondern als „citizens-in-the-making“ (Livingstone 2009, S. 140) und stellt fest, dass „the internet is not, yet, 'the answer' to young people's disengagement, though it may develop the skills and literacies required for engagement“ (Livingstone et al. 2007, S. 28; vgl. Schaumburg 2011).

Jansens (2011) Argumentation zielt in die gleiche Richtung und sieht in der mangelnden politischen Bildung im schulischen Bereich einen weiteren Faktor als entscheidend an: „Youth frequently lack civic and political knowledge as well as information and communication technology and social skills needed to engage in public life“ (Jansen 2011, S. 24). Sie konkretisiert ihre Aussagen und erläutert, dass Jugendliche bisher zu wenig anwendungsorientiertes Wissen über Politik vermittelt bekommen und die kommunikativen Kompetenzen, die Jugendliche mit dem alltäglichen Umgang mit Onlinemedien erwerben, nicht im schulischen Bereich eingeübt werden. Sie schlägt in ihrem Beitrag eine Reformierung der schulischen Bildung vor: „(...) policy makers and educators must ensure that all grade school students have access to formal civic education that contains relevant knowledge and skills, and is presented through a student-centered pedagogy which includes practicing social and cultural competencies while engaging in the use of participatory online tools and digital resources” (ebd., S. 38). In einer frühen Sensibilisierung für politische Verantwortung im Kontext der schulischen Bildung sieht auch Campbell (2006) den entscheidenden Schlüsselfaktor, um in den Schülern ein Interesse für ein späteres politisches

Engagement zu wecken. Und auch Amadeo (2007) fordert anknüpfend an die Thesen von Youniss et al. (1997): „Thus, the formation of civic identity – enhanced by participation – is the developmental link between active adolescents and involved adults” (Amadeo 2007, S. 129; vgl. Campbell 2006; Hafeneger 2013; Reichert/Panek 2012; Quintelier 2007; Torney-Purta et al. 2010; Xenos et al. 2014; Youniss et al. 1997).

Diese Ausführungen zur Notwendigkeit der politischen Bildung greift auch Hoffmann (2012) auf und stellt fest, dass die geringe Partizipation an politischen Prozessen im Internet auf die mangelnde Heranführung der Jugendlichen durch Bildungsinstitutionen zurückzuführen ist. Sie argumentiert, dass politische Beteiligung ein Lernprozess ist, bei dem der Nutzen durch aktive Ausübung in Partizipationsgelegenheiten erfahren werden muss. Dabei bestätigt sie, dass Jugendliche lernen müssen zu erkennen, wohin ihr Engagement führt und was sie damit erreichen können, um eine Motivation für ein Engagement entwickeln zu können (vgl. Hoffmann 2012, S. 101 f.).

Burdewick (2006; 2003) sieht die politische Bildung in diesem Zusammenhang in zweierlei Hinsicht in der Pflicht: Einerseits müssen Jugendliche im pädagogischen Rahmen befähigt werden, sich zu artikulieren und für die eigenen Interessen einzutreten. Zum anderen müssen Jugendlichen Räume und Gelegenheiten geschaffen werden, in denen sie sich als mündige und anerkannte Bürger für die Gemeinschaft einbringen können (vgl. Burdewick 2003, S. 16; Klatt 2012; Moser 2011). Delli Carpini (2000) kritisiert auf Grundlage der Daten zum amerikanischen Schulsystem, dass Schulen oftmals die Mittel und Kapazitäten fehlen, um Schüler an politische Bildung und Partizipation heranzuführen. In diesem Zusammenhang knüpft auch Beaumont (2010) an diese Kritik an und pointiert, dass „young people’s experiences are typically left to happenstance and the influence of individual backgrounds. There are few politically focused learning programs on college campuses, in high school, or in communities that reach out to youth from different backgrounds” (Beaumont 2010, S. 554).

Krüger (2011) schränkt diese Annahmen ein und kontrastiert, dass politische Bildung nicht automatisch mehr Jugendliche erreicht, weil sie im Internet stattfindet. Der Autor führt aus, dass sich bestehende soziale Muster, Bildungsmilieus und Aneignungsprozesse in der digitalen Welt fortsetzen: „Die Exklusion bildungsbenachteiligter Jugendlicher von gesellschaftlicher Teilhabe wird durch das Internet also keinesfalls überwunden“ (Krüger 2011, S. 144). In diesem Zusammenhang wird in der Forschungsliteratur der in den USA geprägte Begriff des „Digital Citizenship“ (Ribble 2011) eingeführt, der sich auf den verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit digitalen Medien bezieht. Darunter wird eine Bürgerschaft verstanden, die „als wesentliches Moment der Teilhabe am Gemeinwesen die Verfügung über digitale Medien einbezieht“

(Moser 2014, S. 44; vgl. Ribble 2011). An dieser sich entwickelnden partizipativen Kultur können sich Bürger mithilfe ihrer digitalen Möglichkeiten beteiligen und damit in die entstehenden Diskussionen einbringen (vgl. Moser 2014). In diesem Kontext unterstreicht auch Milner (2002) die Bedeutung einer ‚civic literacy‘ für eine gelingende Partizipation und versteht darunter entsprechende kommunikative und kognitive Fähigkeiten sowie ein gewisses Maß an politischem Wissen und Verständnis (vgl. Milner 2002; Phelps 2012).

Eine ähnliche Idee beschreibt auch Jenkins (2009) im Kontext der produktiven Internettools mit dem Konzept der ‚Participatory Culture‘ (Jenkins 2009). Dahinter verbirgt sich die Idee einer mithilfe von Medien erschaffenen kritischen Mitmach-Kultur, die beschrieben werden kann als „peer-based, interactive, nonhierarchical, independent of elite-driven institutions“ (Kahne et al. 2014, S. 7; vgl. Jenkins 2009). Obwohl diese Kultur nicht als neu gilt und ihre Ursprünge schon in der analogen Medienwelt hatte, zeigt sich in der digitalen Welt eine viel ausgeprägtere und massentauglichere ‚Participatory Culture‘. So stellt Kahne et al. (2014) – vor allem im Hinblick auf die jugendliche Internetnutzung – vier zentrale Aktivitäten heraus:

„Circulate (by blogging, podcasting, or forwarding links), collaborate (by working together with others to produce and share information via projects, such as Wikipedia), create (by producing and exchanging media via platforms like YouTube and Flickr) and connect (through social media, such as Facebook or Twitter, or through online communities, such as game clans or fandoms)“ (ebd., S. 8).

Anknüpfend an das Konzept der ‚Participatory Culture‘ vermutet Moser (2014), dass sich „im Zeitalter der partizipativen Medien die Grenze zwischen ‚öffentlicher‘ und ‚privater‘ Kommunikation (...) zu verändern beginnt“ (ebd., S. 39). Dabei ersetzt im Hinblick auf die Kommunikationsweise das Zirkulationsmodell das bisher geltende Distributionsmodell: „Ziel sei eine Kultur, welche das Publikum nicht als einfache Konsument/innen vorkonstruierter Botschaften sieht, sondern als Menschen, welche Medieninhalte in einer Weise gestalten, teilen, neu anordnen und *remixen*, wie man sich dies früher nicht vorgestellt habe“ (Moser 2014, S. 39).

Rückgreifend auf die zu Beginn des Kapitels dargestellten drei Thesen der *Mobilisierung*, der *Normalisierung* und der *Ablenkung* kann an dieser Stelle bereits ein vorsichtiges Resümee formuliert werden, das sich auf das mögliche Potenzial des Internets als demokratisches Werkzeug bezieht. Ein zentraler Aspekt bei der Betrachtung der politischen Partizipationsoptionen für Jugendliche ist die Tatsache, dass sich Zugangshürden und notwendige Voraussetzungen oftmals aus der Offline- in die Online-Partizipation übertragen lassen. Dabei wurde einerseits auf die Möglichkeiten einer komplementären Nutzung der Off-

line- und Online-Angebote verwiesen sowie gleichzeitig betont, dass Partizipation eher außerhalb des Netzes beginnt und anschließend bei Bedarf durch Online-Partizipation ergänzt wird.

Ein weiterer Punkt verweist auf die Notwendigkeit einer adäquaten Heranführung der Heranwachsenden an diese Partizipationsangebote sowie einer eindeutigen Zielformulierung der Angebote. Denn anhand der Ausführungen wurde deutlich, dass die zur Verfügung stehenden Tools in vielen Fällen zwei unterschiedliche Zielperspektiven verfolgen: Zum einen steht die Ausbildung der bürgerschaftlichen Partizipationskompetenzen und zum anderen die Schaffung von Gelegenheitsstrukturen für politische Teilhabe im Vordergrund. Oft sind die Grenzen dabei fließend und Angebote können sowohl dem einen als auch dem anderen Zweck dienen.

## 2.5 Forschungslücken – Was wissen wir noch nicht?

Die vorgestellten Befunde haben aufgezeigt, dass das Untersuchungsfeld zur politischen Partizipation Jugendlicher (im Internet) in einem kontinuierlichen Wandel steckt und divergierende Zustandsbeschreibungen seitens der Forschung die Diskussion permanent anfachen. Da es zudem der rasanten Entwicklungsdynamik der Medienlandschaft unterworfen ist, besteht ein permanenter Bedarf diesen Problemkomplex unter den jeweils geltenden medialen und gesellschaftlichen Gegebenheiten zu betrachten. Des Weiteren sprechen sich Forscher – vor allem der Medienpädagogik – explizit dafür aus, bisher noch offene Forschungslücken weiter zu schließen. Im Folgenden sollen diese zentralen Argumentationslinien der in der Literatur identifizierten Forschungslücken nachgezeichnet werden.

### *Stärkerer Fokus auf Forschung zu diesem Themenkomplex*

Grundsätzlich stellt Wagner (2012) fest, dass „Studien die sich explizit mit Jugendlichen und ihrer Nutzung des Internets für politische Partizipation im engeren Sinne beschäftigen“ (Wagner 2012, S. 77) im deutschen Sprachraum noch nicht weit verbreitet sind. Auch Spaier (2011a; 2013) bestätigt diesen Befund und sieht in der Erforschung der konkreten politischen Nutzung des Internets durch Jugendliche noch ein breites Untersuchungsfeld (vgl. Spaier 2011a, S. 151 f.; Spaier 2013). Internationale Beiträge zu aktuellen Studien bestätigen diesen Zustand und stellen im Hinblick auf jugendliche Nutzung des Internets im Kontext politischer Partizipation noch einen Mangel fest (vgl. Bakker/de Vreese 2011, S. 455; Best/Krueger 2005; Chadwick 2006; Henn/Foard 2014; Jöckel et al. 2014; Livingstone et al. 2007). Sloam (2012) bestätigt diese bisher noch we-

nig geschlossene Forschungslücke und verweist auf die hohe Bedeutung, Jugendliche in ihrer Partizipation zu begreifen und damit ihr politisches Verständnis zu erfassen (vgl. Sloam 2012, S. 4): „Thus, if we are to understand political participation at all, we must explore how each new generation comes to develop its own conceptions of citizenship and expresses itself through civic and political engagement” (Sloam 2011, S. 4).

Auch Paus-Hasebrink (2008) betont, dass es wichtig ist, zu erfahren, wie Jugendliche mit Politik umgehen, welches Verständnis von Politik sie haben und welche Mittel der politischen Teilhabe sie nutzen. Sie weist darauf hin, dass Jugendliche dabei viele neue Formen und Aktivitäten im Internet generieren und es Aufgabe der Medienpädagogik ist, diese zu identifizieren (vgl. Hasebrink/Paus-Hasebrink 2007; Paus-Hasebrink 2008; Spaier 2011a; Spaier 2011b; Wagner 2012; Wimmer 2012a). Dabei stellt sie fest, dass diese Aktivitäten in den großen Studien noch nicht erfasst wurden. Hier wird der Interneteneinsatz lediglich als eine universelle Form neben anderen Offline-Formen aufgelistet und somit kein Fokus auf die neuen Formen innerhalb der Social Web Nutzung gelegt (vgl. Paus-Hasebrink 2008).

#### *Mehr Beachtung der inhaltlichen Präferenzen der Jugendlichen*

Gerodimos (2010) bemängelt außerdem, dass es bisher kaum Studien zur Bewertung von politischen Webseiten durch Jugendliche gibt und demnach bisher nicht ausreichend gezeigt werden konnte, welche Faktoren einer Webseite aus Sicht der Jugendlichen zur politischen Partizipation anregen könnten. Dem schließt sich Feil (2010) an und stellt fest, dass es notwendig ist, stärker auf die „inhaltlichen Präferenzen der Jugendlichen“ (Feil 2010, S. 123) zu achten, wenn man herausfinden will, wie Jugendliche das Internet zur politischen Partizipation nutzen.

Einen notwendigen Fokus auf die inhaltlichen Aussagen und Einschätzungen der Jugendlichen bekräftigt auch Collin (2009) und betont die Notwendigkeit von qualitativen Studien (vgl. Collin 2009). Ähnlich argumentiert auch Moser (2010) und fordert, dass Jugendliche in den Forschungsprozess einbezogen werden und nicht nur Forschungsgegenstand bleiben sollten (vgl. Moser 2010).

#### *Breites Verständnis von Politik und politischer Partizipation*

Ritzi et al. (2012) bekräftigen ebenfalls, dass politische Partizipation Jugendlicher nur auf den ersten Blick erforscht zu sein scheint. Sie bemängeln in diesem Zusammenhang die Unschärfe des angewandten Partizipationsbegriffes und verweisen darauf, dass „eine qualitative Differenzierung der politischen Onlineaktivitäten“ (Ritzi et al. 2012, S. 15) fehlt (vgl. Marsh et al. 2007; Phelps 2012). Paus-Hasebrink (2008) verweist daher auf die notwendige Verwendung eines



breiten Politikbegriffes (vgl. Paus-Hasebrink 2008; Gaiser et al. 2005; Gille et al. 2011; Wagner et al. 2012) und fordert einen neuen konzeptionellen Ansatz für die Erfassung der komplexen Strukturen aus Sicht der Jugendlichen (Triangulation) (vgl. Hasebrink/Paus-Hasebrink 2007, S. 96; Krüger 2011; Livingstone 2009; Marsh et al. 2007; Schorb/Theunert 2000).

Auch Marsh et al. (2007) kritisieren die zum Teil einseitige politikwissenschaftliche Forschungsliteratur, die eine restriktive und enge Auffassung des Politikbegriffes auslegt und damit politische Partizipationsweisen Jugendlicher in den Graubereichen zwischen politischem und sozialem Engagement ausklammert (vgl. Phelps 2012; Weinstein 2014). In diesem Zusammenhang verweist Wettstein (2012) darauf, dass Jugendliche kreativ mit dem Internet umgehen und speziell in den Sozialen Online-Netzwerken viele ihrer Anliegen und Bedürfnisse umsetzen. Die Erforschung dieser Nutzungsweisen hinsichtlich politischer Themen muss demnach explizit betrachtet und analysiert werden, um zu verstehen, wie sich politische Internetnutzung in der heutigen medial vernetzten Gesellschaft verändert (vgl. Wettstein 2012).

Wettstein (2012) bemängelt in diesem Zusammenhang, dass die politische Nutzung der Anwendungen des Web 2.0 noch unzureichend untersucht wurde (vgl. Wettstein 2012). Auch Begemann et al. (2011) betonen, dass Soziale Online-Netzwerke in den Fokus rücken und qualitative Studien den Vorrang bekommen sollten. Sie argumentieren, dass Jugendliche nur dann medienpädagogisch „adäquat abgeholt werden können“, wenn bekannt ist, wie deren Netzaktivitäten, Kompetenzen und Motive aussehen (vgl. Begemann et al. 2011; Checkoway 2011; Krüger 2011; Livingstone 2009; Spaier 2011a).

### *Motive und Faktoren*

In diesem Kontext deuten einige aktuelle Forschungsbeiträge darauf hin, dass bisherige Einflussfaktoren einschlägiger Partizipationsmodelle (vgl. Verba et al. 2002) bei der Betrachtung der Web 2.0-Entwicklungen an Erklärungskraft verlieren könnten (vgl. Jansen 2011, S. 23 ff.; Ritzi et al. 2012, S. 11 ff.; Sheppard 2012, S. 15; Smith et al. 2009, S. 5). Daher sollte ein Fokus auf der Identifizierung von Motiven liegen, die hinter einer stattfindenden politischen Partizipation aber auch deren Ausbleiben stehen. Bisweilen scheint noch nicht ausreichend ergründet zu sein, warum sich Jugendliche in ihrer Freizeit überaus stark in gesellschaftlich relevanten Bereichen, die sie betreffen und ihnen wichtig sind, einbringen und dabei explizit politische Beteiligung so wenig Anklang findet. Dazu kann es sinnvoll sein, das Verhalten sowohl bereits engagierter als auch politikferner Jugendlicher zu untersuchen, um Aufschlüsse über Voraussetzungen zu erhalten, die politische Partizipation positiv beeinflussen können (vgl. Delli Carpini et al. 2004; Phelps 2012).

Diesbezüglich identifizieren Ritzi et al. (2012) ebenfalls eine mangelnde Beschäftigung mit den Motiven junger Menschen, die sie bei ihrer politischen Partizipation verfolgen (vgl. Ritzi et al. 2012, S. 15). Sie betonen in diesem Kontext, dass sich die Beweggründe für eine Partizipation außerhalb des Internets von den Motiven, sich online zu engagieren unterscheiden können. So gaben die Befragten dieser Studie an, mit einer Offline-Aktion hauptsächlich das Ziel zu verfolgen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Die meisten politischen Aktivitäten, die im Internet stattfinden, scheinen dagegen eher darauf abzu zielen, lediglich ein Zeichen zu setzen (vgl. Ritzi et al. 2012, S. 25 ff.).

### *Methodik*

Ein letzter Aspekt richtet sich an die methodische Umsetzung und knüpft dazu an die Überlegungen zur Ausweitung der Definition des Partizipationsbegriffs an. Wie bereits vorgestellt, sind die politischen Aktivitäten Jugendlicher – speziell im Internet – einem ständigen Wandlungs- und Erweiterungsprozess unterworfen. Um bei dieser Entwicklung am Puls der Zeit zu bleiben, muss die Forschung jugendliche Partizipationsformen kontinuierlich beobachten, analysieren und neu ergründen. Dabei rät Wettstein (2012) dazu, „innovative Ansätze“ heranzuziehen, um den „Abstand zwischen dem Selbstverständnis und Alltag der Jugend und der beobachteten Forschung zu verringern“ (Wettstein 2012, S. 143). Denn diese neuen Strömungen lassen sich schwer mithilfe standardisierter Untersuchungsinstrumente erheben, sondern werden erst in tiefergehenden qualitativen – oftmals explorativ angelegten – Untersuchungen offen gelegt und nachvollzogen. Im Hinblick auf den methodischen Zugang fordert Wettstein (2012) daher eine breite und ergebnisoffene Herangehensweise, um schnelle Veränderungen und Verbreitungen bestimmter Phänomene erfassen zu können (vgl. Wettstein 2012, S. 143).

In diesem Zusammenhang könnten Untersuchungsdesigns herangezogen werden, die in einem Methodenmix mehrere unterschiedliche Zugänge zum Untersuchungsgegenstand (z. B. qualitative Einzel- oder Gruppeninterviews, Beobachtung, Experiment, Online-Tagebuch) ermöglichen. So bestätigt auch Gustafsson (2012) als Schlussfolgerung seiner eigenen qualitativen Forschung zur politischen Partizipation die Notwendigkeit von „mixed-method strategies in order to explore the complicated relations between information and action“ (Gustafsson 2012, S. 1124; vgl. Begemann et al. 2011; Collin 2009; Jöckel et al. 2014; Livingstone 2009; Moser 2010; Paus-Hasebrink 2008; Wagner 2012; Wettstein 2012).

## 2.6 Zwischenfazit zum Forschungsstand und Fragestellung

Die Darstellung des Forschungsstandes zur politischen Partizipation Jugendlicher hat mehrere Aspekte aufgezeigt. So wurde zunächst aufgeführt, welche Disziplinen und Forschungsgruppen sich mit diesem Thema befassen und auf welche großen und kleinen Jugendstudien Bezug genommen wird. Die vorgestellten Befunde konnten verdeutlichen, dass die Sicht auf Jugendliche und ihre politische Teilhabe nicht eindeutig zu beschreiben ist. Viel zu unterschiedlich sind die Untersuchungsanlagen, die Ergebnisse und Interpretationen, sodass ein heterogenes Bild der politischen Jugendlichen besteht. So lassen sich differenzierte Spuren politischer Partizipation Jugendlicher im breiten Spektrum zwischen einem geringen Interesse, Wissen und Involvement hinsichtlich politischer Themen einerseits bis hin zu einem Engagement an kurzfristigen, spontanen und unverbindlichen Aktivitäten für gesellschaftlich relevante Themen andererseits verzeichnen. Dabei haben die zitierten Beiträge eine Vielzahl unterschiedlicher Typologien, Nutzungsweisen und Aktivitäten im Hinblick auf politische Partizipation Jugendlicher aufgezeigt.

In Bezug auf die Beschäftigung mit dem Internet konnte dargelegt werden, dass Forschungsprojekte z. T. einen zu starken Fokus auf die Untersuchung von jugendlichem Engagement im Web 1.0 vornehmen. Dabei wird außer Acht gelassen, dass das Leben Jugendlicher im Web 2.0 stattfindet und daher Partizipationsformen genutzt werden, die die Forschungsgemeinschaft noch unzureichend kennt, identifiziert und letztlich auch nicht abfragt. Vereinzelt wählen daher eine weite Betrachtungsperspektive möglicher Partizipationsformen und generieren neue Trends und Annahmen. Hierbei scheinen sich die Jugendlichen viel intensiver mit politischen Themen zu beschäftigen und dieses Interessensgebiet in ihren medial geprägten Alltag einzubinden. Bezüglich des Potenzials des Internets zur *Mobilisierung* Jugendlicher, sich politisch zu engagieren, wurden divergierende Aussagen vorgestellt. Einige Studien konnten keine positiven Effekte aufweisen und verweisen zum Teil darauf, dass sich das Internet eher dafür eignet, politische Bildung zu befördern und auf die aktive Bürgerrolle vorzubereiten. Andere Beiträge stellten die Möglichkeit der ergänzenden Nutzung von Offline- und Online-Formaten in den Vordergrund und attestierten dem Internet demnach ein *normalisierendes* Potenzial.

Es wurden darüber hinaus Faktoren und Motive vorgestellt und diskutiert, die die politische Partizipation bedingen, aber auch verhindern. Dabei wurden sowohl bekannte Zusammenhänge deutlich, die sich auf etablierte Modelle der Partizipationsforschung stützen, als auch neue – speziell auf Jugendliche zutreffende – Einflussfaktoren herausgearbeitet. Hinsichtlich möglicher Hindernisse verweisen viele Autoren auf fehlende individuelle Kompetenzen, ein mangelndes

Vertrauen in und Interesse an Politik, aber auch eine unzureichende empfundene Selbstwirksamkeit, Motivation und soziale Einbindung der Jugendlichen.

Entlang einer abschließenden Zusammenstellung der Forschungslücken konnte der Forschungsüberblick abgerundet und zwei relevante Aspekte in den Vordergrund gestellt werden. Diese werden für die eigene empirische Untersuchung aufgegriffen: 1. Die Verwendung eines breiten Partizipationsbegriffes. 2. Die Untersuchung relevanter Zusammenhänge mit Einflussfaktoren. Diese beiden Fokusse harmonisieren mit den beiden Schwerpunkten der Forschungsfrage „Wie und warum partizipieren Jugendliche politisch?“. Erstens geht die Beschäftigung mit dem Partizipationsbegriff mit der Untersuchung der Partizipationsweise und damit der Klärung des ‚Wie‘ einher. Zweitens dient die Untersuchung möglicher Einflüsseffekte auf die politischen Aktivitäten der Klärung der Teilfrage ‚Warum‘. Die entsprechenden theoriegeleiteten Ausarbeitungen zu dieser geforderten breiten Definition des Partizipationsbegriffes werden in Kapitel 4 vertieft und für die Anwendung im eigenen empirischen Projekt konkretisiert. Analog dazu bedarf es zur weiteren Klärung der Einflussfaktoren eine theoretische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen theoretischen Perspektiven. Hierzu werden Erklärungsansätze und Argumentationslinien aus drei theoretischen Disziplinen (politische Partizipationsforschung, Mediennutzungsforschung und Jugendsozialisationsforschung) präsentiert, um die Begründung der im empirischen Teil herangezogenen Einflussvariablen und vermuteten Annahmen herzuleiten.

Zwischen Like-Button und Parteibuch  
Die Rolle des Internets in der politischen Partizipation  
Jugendlicher  
Soßdorf, A.  
2016, XXIII, 327 S. 47 Abb., Softcover  
ISBN: 978-3-658-13931-5